

Das Abonnement  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 $\frac{1}{2}$  Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.

24 $\frac{1}{2}$  Sgr.

Bestellungen  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

Zweihundertsiebziger  
Jahrgang.

**Annoncen-Annahme-Bureaus** der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Jolowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. & A. Strick & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Nogat bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Cassiel; in Grätz bei Hrn. Louis Streisand und Hrn. Dr. Kempner; in Bromberg E. S. Miller'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Rudolf Mosse; in Berlin: A. Petermeyer, Schloßplatz; H. Alrecht, Zeitungs-Annoncen-Expedition, Taubenstraße 34; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bonn und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Habath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Danbe & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

**Amtliches.**

Berlin, 15. Juli. Ge. M. der König haben Allernädigst geruht: Dem Ober-Post-Kommissar Hubrich zu Düsseldorf den Roten Adler-Orden IV. Kl. zu verleihen, den Ober-Reg.-Rath Meyer zu Magdeburg zum Geh. Finanz-Rath und vortragenden Rath im Finanz-Ministerium; sowie dem Pfarrer Caesar in Räthen zum Superintendenten der Diöces Gardelegen, Reg.-Bez. Magdeburg; den Ober-Pfarrer Georgi in Langensalza zum Superintendenten der Diöces Langensalza, Reg.-Bez. Erfurt; den Ober-Pfarrer Koch in Lüne zum Superintendenten der Diöces Lüne, Reg.-Bez. Merseburg, und den Ober-Pfarrer Schunk in Belgern zum Superintendenten der Diöces Belgern, Reg.-Bez. Merseburg, zu ernennen; und dem Reg.-Sekretär, Rechnungs-Rath Schlegel in Potsdam den Charakter als Geh. Rechnungs-Rath zu verleihen.

**Schule und Konfession.**

Im Laufe der Zeit hatte die Gesetzgebung in Preußen die Schule von der Gewalt der Kirche losgelöst und zu einer Staatsanstalt umgeschaffen, in welcher wohl die Religion konfessionell gelehrt werden mußte, die Wissenschaft aber nicht konfessionell gelehrt werden durfte und die Staatsaufsicht in diesem Sinne gehandhabt werden sollte.

Mit dem Jahre 1840 aber trat ein in sich und mit der umgebenden Welt in Unklarheit stehendes System an die Stelle, welches seinen Widerspruch mit den Traditionen des Staates auch in das preußische Unterrichtswesen getragen hat. Das seit Friedrich Wilhelm I. mühsam und gewissenhaft aufgebaute Staatsystem sollte nunmehr ein „unchristliches“, dem Grundverhältnis von Staat und Kirche widerprechendes sein. Die neue Richtung kam seit 1848 unaufhaltsam zum Durchbruch und zwar in einer Umkehrung der Gesetze durch die Verwaltung, und dies neue Verwaltungsrecht bildete sich zunächst durch eine unbedrechte Änderung des Sprachgebrauchs.

Die öffentliche Schule, in welcher der Religions-Unterricht evangelischer Konfession ertheilt wird, nennt man evangelische Schule; diejenige, in welcher der Unterricht katholischer Konfession orthotheit wird, katholische Schule. Da mit einem Lehrer vergebene Dualschule nur den einen oder den anderen Religions-Unterricht ertheilt, so sagt man: die Elementarschule ist nothwendig entweder eine evangelische oder eine katholische. Da auch die höheren Schulen der Mehrzahl nach nur den einen oder anderen Religionsunterricht ertheilen, so sagt man: auch die höheren Schulen sind in der Regel evangelische oder katholische. Da die Ertheilung eines zweiseitigen Religionsunterrichtes de facto in einer mäßigen Zahl von Schulen stattfindet, so sagt man: es giebt auch Simultanschulen, diese sind aber eine gesetzliche Abnormität, welche nur auf ausnahmsweise Gestaltung beruht. — Da also in jedem Falle die öffentliche Schule entweder den Religionsunterricht evangelischer oder katholischer oder beider Konfessionen ertheilt, so sagt man: alle preußischen Schulen sind entweder evangelischer oder katholischer Konfession oder Simultanschulen. Als Prinzip ausdrückt: Die preußischen Schulen sind konfessionelle Schulen.

Es ist hier abermals darauf aufmerksam zu machen, daß dieser Sprachgebrauch den Landesgesetzen fremd und im Landrecht durch eine sehr sorgfältige, überlegte Fassung disapprobiert ist. Sobald man aber einmal die Konfession zu einem leitenden Grundsatz der Verwaltung erhob, kam man nothwendig auf die Kirche zurück. Die evangelisch-konfessionelle oder katholisch-konfessionelle Schule kann in ihrem leichten Wesen nur ein Theil, ein „Glied“ der evangelischen Kirche und der katholischen Kirche sein, — und damit lehrt der im 18. Jahrhundert in Preußen verlassene Begriff der kirchlichen Schule zurück. Mit der so unmerkbar eingetretenen Rückkehr zur kirchlichen Schule kehren nun aber die rechtlichen Folgen des Begriffs zurück in allen vier Richtungen:

1) Der Religionsunterricht und die religiösen Andachten und Übungen bilden den Haupttheil und Schwerpunkt der Schule, auf welchen sich die Elementarschule möglicher Weise beschränken kann mit Einreichung des Lesens und Schreibens. In Kurhessen soll seiner Zeit der Religionsunterricht bis auf mehr als wöchentlich 20 Stunden ausgedehnt worden sein!

2) Die Selbstständigkeit des wissenschaftlichen Unterrichts hört auf; denn in der kirchlichen Schule muß sich dem höchsten Zweck der Erkenntnis der Heilsahrheiten Alles unterordnen. Geschichte, National-Literatur, Sprachen, selbst Naturwissenschaften müssen so gelehrt werden dem Stoff nach, so behandelt dem Geist und Inhalt nach, daß sie als Betätigungen der Glauenswahrheiten erscheinen, daß jedenfalls nie ein Zweifel oder Widerspruch gegen das katholische Dogma, gegen die Augustana, gegen den Heidelberger oder den Lutherischen Katechismus in den jugendlichen Gemüthern entstehen könne. Alle in den Schulen gelehrt Wissenschaft muß sich also den kirchlichen Unterscheidungslehren und Parteistandpunkten unterordnen. Mit der Lehre in Wechselwirkung tritt dann das Personal.

3) Die berufsmäßige Selbstständigkeit des Lehrpersonals hört auf. In der Hauptfache erscheint das Personal der konfessionellen Schulen als kirchliches Personal, und selbstverständlich sind zunächst jüdische Lehrer von jedem christlichen Schulamt auszuschließen. Es folgt sodann weiter, daß auch in der mehr-

klassigen Schule alle Lehrer ausnahmslos ein und derselben Konfession angehören müssen. Folgerichtig endlich muß die bestimmende Entscheidung über die Anstellung des konfessionellen Lehrerpersonals nicht dem Staate, sondern der Kirche zustehen. Was dabei noch fehlte, wurde durch das nun folgende kirchliche Aufsichtsrecht nachgeholt.

4) Die Oberaufsicht der konfessionellen Schule gebührt der Kirche als solcher, nicht dem Staate. Erzpriester und Superintendenten, evangelische und katholische Ortsgeistliche haben nicht nur den religiösen Theil des Unterrichts zu überwachen, sondern das Gesamtgebiet des wissenschaftlichen Unterrichts nach seiner Uebereinstimmung mit dem kirchlichen Geist. Sie üben das Aufsichtsrecht nicht in Delegation des Staats, sondern als kirchliche Obere aus eigenem Recht der Kirche „kraft göttlichen Auftrags, die Jugend zu lehren“. Das sind die Folgesätze aus dem System der konfessionellen Schulen, welche im Laufe des letzten Menschenalters der Reihe nach aufgetreten sind. Das neue Prinzip wurde für die Elementarschule mit Leichtigkeit aus der äußeren Erscheinung abgeleitet, da solche entweder mit einem evangelischen oder mit einem katholischen Lehrer besetzt ist. Aber auch für die höheren Schulen ist dasselbe in den letzten Jahren zum alten formulirten Abschluß gekommen: „Die bisher in Preußen anerkannten höheren Schulen haben einen christlichen Grundcharakter und sind danach entweder evangelische oder katholische, oder paritätisch beiden Konfessionen angehörige Simultananstalten. Nach dem konfessionellen Charakter der Schule richtet sich die Wahl des Direktors und der Lehrer, der Mitglieder des Schulkuratoriums“ u. s. w. (Wiese's Schulwesen I. S. 20 37.)

Diese Grundsätze des neueren Verwaltungsrechtes ergeben als Resultat eine Schule, in welcher nicht nur die Religion, sondern auch die Wissenschaft konfessionell gelehrt, danach das Lehrpersonal konfessionell angestellt und danach auch das Aufsichtsrecht gehandhabt werden soll. Dem Allgemeinen Landrecht entgegen gleitet die Verwaltung in die Grundsätze der kirchlichen Schulen zurück, diese bestätigen sich wiederum, die höheren Schulen wieder dem katholischen, dem lutherischen, dem reformierten, dem uniten Religionsteil. Da nun aber die kirchlichen Richtungen unter sich und mit Allem, was seit 100 Jahren in Preußen geschehen ist, um das Schulwesen zur Staatsinstitution zu machen, im Widerstreit stehen, so vermag das neue Verwaltungsrecht sich nur durch die Geschmeidigkeit seiner Maximen zu erhalten. Da die folgerichtige Durchführung nach außen hin zu heftigen Widersprüchen der Gemeinden, der Eltern, des Lehrerpersonals führt, so muß sich die Verwaltung helfen, indem sie ihre selbstgemachten Begriffe auch immer selbst interpretirt. Da es keine gelegliche Deklaration über konfessionelle Schulen giebt, so läßt sich so viel und so wenig hineinlegen, wie nach Zeit und Ort ausführbar erscheint. Aber diese biegsame Verwaltungsweise steht in Widerspruch mit den Rechtsgrundzügen vom Schulzwang, von der Parität und von der gemeinen Schullaft, sie steht ferner in Widerspruch mit den Folgen der Freizügigkeit. Wie kann man in das Gemeindeleben, welches in allen unsern Kreisen, selbst auf dem Dorfe, neben der Majoritätskonfession noch eine Minorität der andern Konfessionen zur Folge hat, ein Gesetz einführen wollen: Die Katholiken sollen eine katholische, die Evangelischen eine evangelische, die Juden eine jüdische Schule für sich haben! Durch den Dualismus der Kirchenverfassung und durch die Bedürfnisse der deutschen Bevölkerung wird vielmehr die Unterrichtsverwaltung immer wieder gezwungen sein, die konfessionelle Schule in eine Staatschule umzubilden. Und da der für Deutschland nothwendige Zustand in Preußen bereits der gesetzliche ist, so kommt es nur darauf an, daß die Unterrichtsverwaltung selbst auf den vom Gesetz gegebenen Boden zurückkehre. Es bedarf weder einer Bestätigung noch einer Abänderung unserer landrechtlichen Grundsätze, sondern nur einer Sicherung derselben durch eine geordnete Jurisdicition zum Schutze des bestehenden Rechtes in Preußen. Die preußische Schule, in welcher die Religion konfessionell gelehrt werden muß, die Wissenschaft nicht konfessionell gelehrt werden darf, soll man weder konfessionell noch konfessionslos nennen. Diese Form der Frage ist späteren Ursprungs und wird oft gemischaucht, um die Köpfe zu verwirren.

**Denkschule.**

△ Berlin, 15. Juli. Als der Bundesrat des Norddeutschen Bundes den Antrag Sachsen auf Errichtung eines Bundes-Oberhandelsgerichts genehmigt hatte, stellte bekanntlich Hamburg unter dem 8. April d. J. den Antrag, an Stelle eines solchen auf Handelsgerichten beschränkten Gerichts einen obersten Bundesgerichtshof für alle Strafsachen und zivilrechtlichen Streitigkeiten, mindestens für letere zu errichten. Dieser auf Erweiterung der Befugnisse des obersten Gerichts abzielende Antrag wurde dem Ausschuß für Justizwesen überwiesen, und dieser hat seinen Bericht unter dem 8. Juli erstattet. Die Prüfung des Antrages hat, ähnlich wie des sächsischen Antrages, die Ausschussmitglieder zu einer einhelligen Ansicht nicht zu vereinigen vermocht. Nach der Meinung der Mehrheit des Ausschusses ist der Antrag nicht geeignet, zur Annahme empfohlen zu werden. Zur

Inserate 1869  
1 $\frac{1}{4}$  Sgr. für die fünfgesparte  
Seite oder deren Raum,  
Reklame verhältnismäßig  
höher, sind an die Expedition zu richten und werden  
für die am selben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

schen Fakultät daselbst ernannt worden. — Dem ordentlichen Lehrer Dr. Franz am Berlinischen Gymnasium zum grauen Kloster ist das Prädikat Professor beigelegt worden.

**Berlin**, 14. Juli. Herr v. Beust war zwar immer ein thaten-, rede- und schreiblustiger Herr, aber es scheint bei nahe, als ob diese Eigenschaften mit den Jahren noch in stetem Zunehmen und in einer fortschreitenden Entwicklung begriffen sind. Wie langsamig, wohlstylistisch und im Ganzen inhaltslos sind diese Depeschen des Rothbuchs! „Parfümierter Quark!“ nannte einmal H. Heine in einem Anfall von Entrüstung die gesammelte französische Poesie. Dieser Ausdruck war ungerecht, aber doch bezeichnend, insofern er durch gewisse, der französischen Poesie anhaftende Eigenthümlichkeiten hervorgerufen war, die empfindlichen Nerven manchmal lästig fallen können. Wir wissen nicht, mit welchem Ausdruck Heine, hätte er als Politiker arbeiten müssen, die Depeschen des Hrn. v. Beust würde bezeichnet haben, aber wir vermuten, er würde in gereizter Nervensetzung kaum auf einen gelinderen Ausdruck verzichten. Es macht doch einen eigenthümlichen Eindruck, wenn man erwägt, daß diesen papierenen Leistungen eine reale diplomatische Leistung nur in den seltensten Fällen entspricht. In welchem ungünstigen Abstich stellt sich beispielsweise bei der belgisch-französischen Angelegenheit das österreichische Kabinett zu dem englischen, wenn man auch nur das rein äußerliche Verhalten ins Auge faßt. Von dem englischen Kabinett wissen wir, daß es einen höchst bedeutenden, vermutlich ausschlaggebenden Einfluß während der ganzen Zeit der Entwicklung ausgeübt hat. Die diplomatische Maschinerie arbeitete aber vollkommen geräuschlos, wir erfahren nichts von einer Note, die Lord Clarendon geschrieben, geschweige denn von einer solchen, die als Kommentar wiederum eine zweite Note erforderlich machte und die wie der Fluch der bösen That fortzeugend noch eine dritte wahrscheinlich hervorgerufen haben würde, wenn nicht glücklicherweise die Sanduhr abgelaufen und der Faden der Unterhaltung für Graf Beust auf diese Weise abgeschnitten worden wäre. Graf Beust wird den Glückzufall, der hierin für ihn liegt, selbst zu würdigen wissen, denn er kann sich nicht verhehlen, daß er sich in der Lage befand, die ja manchmal im Leben vorkommt, daß indem man eine Ungeheuerlichkeit zu verdecken sucht, man eine zweite noch größere begeht. So war die Depesche vom 1. Mai und Alles, was damit zusammenhängt, an sich schon kein Meisterstück, aber die Depesche vom 8. Juli an Baron Werner überriet dieselbe bei Weitem. Schon die Idee, den sächsischen Hof plötzlich für beunruhigt zu erklären und Herrn v. Friesen gewissermaßen als Briefträger für das Rothbuch zu benutzen, ist von drastischer Wirkung. Offenbar hätte es viel näher gelegen, das englische oder das Brüsseler Kabinett schon im Monat Juni über die eigentlichen Absichten der Beustschen Politik aufzuklären, da dort wirklich einiges Ärgerniß entstanden war — aber nein, Herr v. Beust, nicht ganz sicher über die Aufnahme einer solchen Note, schweigt dort, wo zu reden so nahe lag, rechtstätig sich aber vor Hrn. v. Friesen, dem es natürlich niemals im Leben eingefallen war, sich wegen Österreichs Haltung zu beunruhigen. Da er sicher ist, von Hrn. v. Friesen mit seiner Antwort befreit zu werden, so kann sich der österreichische Reichskanzler in poetischen Freiheiten schon etwas erlauben und so schreibt er auch ohne Bedenken den kühnen Satz nieder: „es hatte in Paris nicht an Versuchen gefehlt, den Widerstand Belgien als durch Matthesläge des Wiener Kabinetts im Stillen genährt hinzustellen.“ Man höre und staune! Wir wissen nicht, wie Herr v. Friesen über Herrn v. Beust denkt, aber wenn er der Ansicht ist, daß es keine fataleren Grobheiten giebt, als die man sich unter der häflichsten Form gefallen lassen muß, so wird er sich wenig geschmeichelt dadurch fühlen, daß der Reichskanzler grade ihm solche abgeschwackten Enthüllungen sub rosa anvertraut. Ganz anders als dies Produkt eines in die Enge getriebenen Diplomaten mutet die Depesche des Grafen Beust über die Südbundangelegenheit den Lesern an. Hier reitet Hr. v. Beust wieder sein altgewohntes Paradeperd; er wiegt sich in schallhaft-graziösen Redewendungen, in halben Verneinungen und unbestimmten Bejahungen, in allen jenen subtilen stylistischen Feinheiten, die etwas vom Rokoko des Kleinstaates, aber so wenig von der selbstbewußten Würde einer Großmacht an sich haben. Im Übrigen ist das, was Hr. v. Beust als Programm entwirft, für die Gegenwart allerdings Enthaltung. Er beschränkt sich darauf, zu behaupten, daß Österreich den Südbund wünschen dürfe und ihn möglicherweise auch wirklich wünsche — dies ist jedenfalls mit demselben Recht Enthaltung zu nennen, als es Enthaltung ist, die Einheit Deutschlands zu wünschen, aber über dies Bereich nicht hinausgehen. Die Gefahr liegt höchstens darin, daß auch in dem bloßen Wünschen ein vorwärts drängendes Moment liegt.

Der „Staats-Anzeiger“ veröffentlicht das Vereinsgesetz vom 1. d. Ms.

Unter den Vorlagen, welche für den Landtag vorbereitet werden, soll sich, wie man hört, auch eine wegen Einführung der Civil-Ehe befinden. Doch würde der Erfolg derselben wohl mindestens als zweifelhaft betrachtet werden müssen, wenn es sich bestätigen sollte, daß dieselbe wieder „B.B.-Z.“ hinzugefügt wird, nur auf eine fakultative Einführung gerichtet wäre. Über eine fakultative Einführung der Civil-Ehe ist bereits in früheren Jahren im Landtage verhandelt worden, und es dürfte kaum anzunehmen sein, daß die Abneigung, welche sich damals bei der Majorität gegen den betreffenden Vorschlag herausgestellt hat, inzwischen einer andern Anschauung der Dinge Platz gemacht hat. Die rechte Seite des Abgeordnetenhauses wollte bisher immer nur die sogenannte Noth-Civil-Ehe gestatten und als etwas Anderes würde auch wohl schwerlich die fakultative Civil-Ehe betrachtet werden.

Der Staatschaz wies nach dem in der letzten Landtagsession vorgelegten Ausweise einen Bestand von circa 29 Mill. Thlrn. auf. Da nach den darüber vereinbarten Bestimmungen die Ansammlung derselben bis zur Höhe von 30 Millionen erfolgen und dazu, wie die betreffende Verordnung es ausdrückt, die im Laufe der Administration ermittelten Ersparnisse sowie auch nach vorheriger Deckung der Restausgaben die Resteinnahmen der Vorjahre, ferner jede Mehreinnahme der laufenden Verwaltung nebst den zufälligen Einnahmen verwendet werden sollten, so haben diese Resteinnahmen pro 1868, die allmälig eingehen,

auch jetzt noch mit rund einer Million dem Staatschaz überwiesen werden müssen, und wird über die darüber hinausgehenden Überschüsse, die nicht unbeträchtlich sind, dem Landtage Rechnung gelegt werden. Wichtig und interessant aber, sagt die „B. B.-Z.“, ist die Thatache, daß nunmehr der Staatschaz mit seinem Maximalbetrage von 30 Mill. Thlrn. voll ist und weiterer Zuschüsse nicht mehr bedarf.

Das Kriegsministerium hat bestimmt, daß bezüglich der Entlassung der Armeereserve pro 1869 dieselbe bei der Festungs-Artillerie schon Anfang August statthaben soll.

Wie von offiziöser Seite berichtet wird, wird im nächsten Monat das dritte Armeekorps größere Manöver abhalten. Auf den Wunsch des Prinzen Friedrich Karl sei dies unter Abänderung der früher getroffenen Bestimmungen verfügt worden, und die Anordnung werde insofern für manche Beteiligte nicht unerwünscht sein, als damit eine wesentlich frühere Entlassung der Reserven verbunden sein werde. Durch diese denke man zugleich so viel zu ersparen, daß die Kosten, welche dieses Manöver macht, gedeckt werden.

Die Staatsprüfung als Arzt, Wundarzt und Geburthelfer, auf Grund deren nach dem neuen Reglement die Approbation für das ganze Gebiet des Norddeutschen Bundes ertheilt werden soll, zerfällt in mehrere Abschnitte. Die „G. S.“ schreibt darüber:

In dem anatomischen Theile derselben hat der Kandidat eine osteologische Aufgabe aus 16 Themen durch das Los zu ziehen und sofort ex tempore an einem ihm zur Demonstration vorgelegten Präparat abzuhandeln und in demselben Terme aus 13 Themen in gleicher Weise eine splanchnologische Aufgabe zu behandeln. Ferner hat der Kandidat ein ihm aufzugebendes Nervenpräparat selbst anzufertigen und in einem zweiten Terme vor einem der Examinatoren zu demonstrieren. In dem physiologischen Theile der Prüfung ist eine histologische und eine physiologische Aufgabe ex tempore mündlich zu lösen. Das histologische Extemporale hat zum Zweck, die Kenntnisse des Kandidaten in der mikroskopischen Anatome zu ermitteln. Nur wenn der Kandidat diese beiden Theile der Prüfung gut bestanden hat, darf er zu den weiteren Prüfungsabschnitten zugelassen werden. Als Uebergang zu den klinischen Prüfungen schließt sich an die anatomische Prüfung dieseljenige in der pathologischen Anatome und Histologie an. — Die chirurgische Prüfung zerfällt in einem klinischen und in einem technischen Abschnitt. Die chirurgisch-klinische Prüfung wird in der chirurgischen Abteilung eines höheren Krankenhauses oder eines Universitätsklinikums abgehalten, in welchem der Kandidat zwei Kranken acht Tage lang in Behandlung zu nehmen hat. Während der klinischen Prüfung wird die chirurgisch-technische Prüfung zur Erforschung der operativen Fertigkeit des Kandidaten in einem besonderen Termine vorgenommen, wobei eine Aufgabe aus dem Gebiete der Chirurgie und eine aus der Lehre über Brüturen und Ligationen zu lösen ist. Als Vervollständigung der chirurgischen Prüfung ist auch noch eine klinisch-technisch-ophthalmische Prüfung abzulegen. — Bei der Prüfung soll eine besondere Aufmerksamkeit auf die Kenntnisse des Kandidaten in der Dosenlehre der Medikamente und im Formuliren von Rezepten gerichtet werden. Ist der Kandidat in diesem Prüfungsgegenstande unkundig befunden worden, so wird er als in der medizinischen Prüfung bestanden nicht erachtet, auch wenn er genügende wissenschaftliche Kenntnisse nachgewiesen hat. — Die geburthilfliche und gynäkologische Prüfung wird in Berlin in der Gebärklinik in der Charité und in der geburthilflichen Universitätsklinik oder in den Gebärkliniken der betreffenden Universitäten abgelegt. Während oder nach dieser klinischen Prüfung ist der Kandidat einer technischen Prüfung am Phantom zu unterwerfen. — Zur Schlusshandlung werden nur diejenigen Kandidaten zugelassen, welche in allen Prüfungsabschnitten bestanden haben. In dieser Schlusshandlung soll der Kandidat von dem Standpunkte seiner allgemeinen medizinischen Ausbildung öffentlich Zeugnis ablegen. Der Zeitraum zwischen einem Prüfungsabschnitt und dem nächstfolgenden darf 8 Tage nicht überschreiten.

Das Mitglied des Herrenhauses, Graf v. Alvensleben auf Neugattersleben ist am 18. Juli auf seinem Gute im Alter von 65 Jahren gestorben.

Eine große Anzahl der Mitglieder von der Fournierschen Gemeinde ist gestern, wie der „Börsen-Cour.“ erfährt, versammelt gewesen und ihre Besprechungen haben damit geendet, daß sie seine Predigten nicht mehr besuchen wollen.

Die Abstift, sobald als möglich zeitig in Wilhelmshafen und in Kiel ein Panzerschiff auf Stapel zu legen, ist dahin modifiziert worden, zunächst den Bau eines Panzerschiffes an der Jade in Angriff zu nehmen, dagegen im Kieler Hafen, sobald die notwendigen provisorischen Einrichtungen getroffen sein werden, den Bau eines Monitors zu beginnen. Über das System, welchem in dieser Hinsicht der Vorzug zu geben ist, sind indessen die technischen Beratungen noch nicht abgeschlossen. — Es bestätigt sich, daß nicht die „Arkona“, wie ursprünglich bestimmt war, in diesem Herbst auf die Marinestation in den Japanischen Meeren abgeht wird, sondern die „Herta“, und zwar im September. Es scheint, daß die „Arkona“, welche erst vor kurzem die Danziger Werft verlassen hat, nicht mit der nötigen Sorgfalt gedopt worden ist, so daß jetzt schon andere weitere Reparaturen unerlässlich sind. Die „Arkona“ soll alsdann späterhin nach den westindischen Gewässern abgehn.

**Danzig**, 14. Juli. Die „Danz. Itg.“ schreibt: Nachdem bekannt geworden, daß die österreichische Staatsregierung mit der russischen Staatsregierung in Unterhandlung getreten ist wegen Revision der polnischen Brücke und durchlaßgabe, hat das Altesten-Kollegium hiesiger Kaufmannschaft beschlossen, den Herrn Präsidenten des Kanzleramtes des Norddeutschen Bundes zu bitten, derselbe möge eine Beteiligung Seitens des Bundeskanzleramts an diesen Verhandlungen herbeizuführen, und dabei hauptsächlich auf eine möglichst günstige Reformierung des Breslauer Brückenzolltarifs hinzuwirken suchen.

**Thorn**, 12. Juli. Der Kirchenrat der hiesigen altpäpstlichen ev. Gemeinde hat auf Antrag seines Mitgliedes Kaufmann Proeve, einstimmig beschlossen, folgende Anträge an die Kreissynode, event. an die Provinzialsynode zu richten: 1) die Wahl der Gemeinde-Kirchenräthe geschehe fortan vor der Gemeinde in freier Wahl mit geheimer Abstimmung auf 6 Jahre. 2) Nach Analogie der rheinisch-westphälischen Kirchenordnung erfolge die Wahl der Superintendenten von der Kreissynode aus der Zahl der Geistlichen auf 6 Jahre, da die jetzigen Superintendenten nur als Staatbeamte zu betrachten, auch von Staatbeamten (Konsistorium) ernannt seien und nach der Verfassung Staat und Kirche getrennt werden müssen. 3) Eine Wiederherstellung der zeitigen kirchlichen Verfassung darf nur unter Mitwirkung der zeitigen gelegten Vertreter der Kirche (Gemeinde, Geistlichkeit und Patronate) erfolgen, daher müssen die Privat-Patrone eines jeden Bezirks ein Mitglied zur Provinzialsynode deputieren. 4) Die zur Zeit vom Konsistorium (Staatbeamten) verwalteten Geschäfte gehen auf einen von der Provinzialsynode auf 6 Jahre erwählten Ausschuß über. (D. 3.)

**Hamburg**, 14. Juli. Die Bürgerschaft hat die Anträge der Vermittelungs-Kommission angenommen, so daß die Wahl eines Senators an Stelle des Dr. Schröder nach den in den Anträgen festgestellten neuen Normen stattfinden wird.

**München**, 13. Juli. Über die Verhandlungen der Münchener Bundes-Liquidations-Kommission erfährt man, daß nunmehr darüber definitiv entschieden ist, daß das bewegliche Eigentum in den Bundesfestungen auch in Zukunft gemeinsames Eigentum der an ihm beteiligten Staaten bleiben soll. Damit hat der erste Artikel des in Berathung ste-

henden Entwurfes einer Vereinbarung Annahme gefunden. Der zweite Artikel betrifft die Verwaltung nach dem Entwurf soll jeder der kontrahirenden Staaten das in seinem Besitz befindliche Eigentum resp. den Theil des gemeinschaftlichen Eigentums verwalten und die Kosten der Unterhaltung und etwaigen Ergänzungen tragen. Der letztere Punkt dürfte auf einige Schwierigkeiten stoßen. Für die Sicherung des Materials wäre auf eine regelmäßige Inspektion derselben Bedacht zu nehmen und es ist deshalb, wie schon anderweit bekannt geworden, eine solche alljährliche durch eine gemischte Kommission vorgeschlagen worden.

### Oesterreich.

**Wien**, 14. Juli. Aus dem österreichischen Rothbuche heben wir einstweilen drei Aktestücke hervor:

Das erste derselben, ein Sirkular des Grafen Beust an die k. k. Missionen vom 6. Mai, verbreitet sich über die Publikation der chiffrierten Depesche in dem Werke des österreichischen Generalstabes über den Feldzug von 1866. Das Rundschreiben konstatirt die ruhige Haltung der österreichischen offiziösen Organe gegenüber den Angriffen und ferner, daß die preußische Regierung den diplomatischen Bevicht betreten habe, um Aufklärungen zu erlangen. Bezuglich der Thatache selbst wird betont, daß die Depesche kein Geheimniß enthalte, sie bestätige einfach, daß die Wünsche der preußischen Regierung reichlich erfüllt wurden. Im Übrigen steht Graf Beust zu, daß man bei Auswahl des Materials nicht die genügende Unterscheidung gezeigt habe und bedauert aufrichtig, Angehörige der guten Beziehungen, wie er sie mit dem Berliner Kabinett zu unterhalten wünsche, daß auf solche Art der Vorwand zu einer Irritation geboten wurde, so wenig gerechtfertigt dieselbe auch sein möge. Das zweite Aktestück ist die Depesche des Grafen Beust an Graf Ingelheim in München und Graf Hotel in Stuttgart vom 4. April über die Süddeutsche Frage. Der wesentliche Inhalt derselben läßt sich im Folgenden zusammenfassen: „Wir dürfen den Südbund wünschen und wir würden ihn vielleicht wirklich, aber wir können und wollen ihn nicht stützen, noch auch nur stützen helfen. Entsteht er, so soll Niemand das kleinste Recht haben, ihn als das Werk österreichischer Einflüsterungen zu bezeichnen.“ Das dritte Schriftstück, welches die französisch-belgische Eisenbahnenfrage betrifft, ist eine Depesche des Grafen Beust an Baron Werner in Dresden vom 8. Juli. Die Depesche lehnt die Instruktion ab, daß aus der vertraulichen Depesche an Grafen Wimpffen vom 1. Mai zu folgen sei, daß Österreich im vollständigen Einverständnis mit Frankreich gehandelt habe. Das französische Kabinett habe seine Verhandlungen mit Belgien niemals bei Österreich zur Sprache gebracht. Als jedoch Graf Wimpffen berichtete, sein belgischer Kollege Graf Rothomb wünsche die Auffassung des Grafen Beust in dieser Frage kennen zu lernen, habe dieser darin geäußert, daß die belgische Regierung nicht wohl daran thue, ihren Staat mit Frankreich zu sehr auf das politische Gebiet zu übertragen und in Ansprüchen, die sich auf die Entwicklung der Kommunikations-Anstalten beziehen, eine um jeden Preis zu vermeidende Gefahr für ihre Selbstständigkeit zu erblicken. Wenn das österreichische Kabinett wohl unterrichtet sei, so sei in Brüssel von anderer und gewichtiger Seite in ähnlichem Sinne eingewilligt worden.

**Wien**, 15. Juli. Die heutigen Morgenblätter melden, daß der Kaiser dem Bischofe Rudiger von Linz die Strafe im Gnadenwege nachgesehen habe.

**Kroatien**, 13. Juli. Der „Gaz.“ sagt, Biemialkowski's Mandatsniederlegung sei ein Akt persönlicher Überzeugung; das Resultat der Neuwahl werde zeigen, ob Biemialkowski das Vertrauen der Wähler einbüßte. Jedenfalls verdient Biemialkowski's Verfahren alle Achtung und Anerkennung. Durch das Ausharren in der gemeinsamen Delegation zeigt Biemialkowski politischen Scharfsinn und dient seinem Lande bestens.

**Paris**, 13. Juli. In der heutigen letzten Sitzung des gesetzgebenden Körpers versuchte Hr. Jules Favre noch einen Protest gegen die plötzliche Vertagung einzulegen. Es kam zu der folgenden Szene:

Jules Favre bemerkte zum Protokoll der gestrigen Sitzung: „Wir haben gestern der Verlesung eines Schriftstückes beigewohnt, welches verschieden bearbeitet werden kann, aber in seiner Form der Kammer die Rücksichtnahme ihrer Freiheiten zu versprechen scheint...“ (Unterbrechung). Präsident Schneider: Dem Texte der Geschäftsordnung und der Verfassung gemäß kann das erwähnte Schriftstück in diesem Saale zu keiner Debatte Veranlassung geben. J. Favre: Ich bin auf der Rednerbühne, um gegen den Widerspruch zu protestieren, der zwischen dem Akte von gestern und dem von heute besteht, dieser Widerspruch ist zudem eine Unschönlichkeit. (Ausrufe — Lärm — Rufe zur Ordnung! Beifall links.) Präsident: Hr. Jules Favre, ich rufe Sie zur Ordnung. (Sehr gut!) Jules Favre fährt während des Lärmes zu sprechen fort; es ist unmöglich, ihn zu verstehen. Die Linken klatschen ihm Beifall. Der Präsident ruft ihn ein zweites Mal zur Ordnung und drückt sein Erstaunen darüber aus, daß man am Tage nach einer großen liberalen That nicht blos der Geschäftsordnung, sondern auch den Gesinnungen des Landes zuwider protestiert. (Beifall.) Hr. Giraud fragt darauf, wie es jetzt mit den 65 Mitgliedern stände, deren Vollmachten noch nicht bestätigt seien. Der Präsident erneuerte die schon früher gegebene Erklärung, daß die Vertagung der Prüfung der Vollmachten dieser Mitglieder keinen ungünstigen Vorurtheil in sich schließe; sie verbleiben in ihrer ungeschmälerten Stellung als erwählte Deputierte.

Hierauf wurde das Protokoll angenommen und der Präsident verlas das Dekret, welches den gesetzgebenden Körper vertagte. Die Versammlung ging schweigend auseinander. Kein Hoch auf den Kaiser wurde laut.

Die von Rouher vorgeschlagene Vertagung ist übrigens, schreibt die „Kölner Itg.“, in anderem Sinne zur Ausführung gelangt, als es der Ex-Staatsminister sich gedacht. Er wie seine Kollegen hatten nach der gestrigen, durch die kaiserliche Botschaft so bedeutungsvollen Sitzung ihre Entlassung eingereicht; Rouher jedenfalls in der bestimmten Erwartung, sie nicht angenommen zu sehen. Und gerade darin hatte er sich getäuscht. Er, der sich noch türklich erst rühmen konnte, daß er binnen 6 Jahren keine einzige parlamentarische Niederlage erlitten, scheint endlich einen Meister gefunden zu haben, der ihn mit Zuhilfenahme der Zeitumstände denn auch definitiv zu Boden strecke. Dieser Meister aber war Niemand anders, als der Präsident des gesetzgebenden Körpers, Herr Schneider, der sich plötzlich als Charakter entfaltete und der Mann der Situation wurde, welcher allein das Ohr des Kaisers besaß. War er es doch, der noch in 12. Stunde der kaiserlichen Botschaft zwei wesentliche Zugeständnisse hinzuzufügen verstand, von den das eine, die Erklärung, daß künftig wirtschaftliche Verträge nur nach Gutheizung durch den gesetzgebenden Körper abgeschlossen werden sollen, den alten Thiers seiner besten Waffe gegen das Regime beraubt, und von denen das andere, die Bestimmung, daß die Staatsangelegenheiten von nun an alle im Ministerrathe diskutirt werden sollen, vorausgesetzt, daß derselbe ein gemeinsames Programm zur Grundlage habe und somit die Forderungen der Führer des Tierspartei im Wesentlichen erfüllt und ihnen jedenfalls sehr entgegenkommt. So fühlte im ersten Momente auch die Botschaft vom linken Zentrum und der Linken andererseits und den Männern der äußersten Rechten andererseits aufgenommen worden war, so kam bei den Deputirten der liberal-konstitutionellen Fraktion die Überlegung bald nach, und als sich die Unterzeichner der Interpellation

tion Abends 9 Uhr unter Chevandier de Baldromes Vorsitz im großen Saale des Grand Hotel vereinigten, genügten 5 Minuten, um dessen Antrag, unter den gegenwärtigen Verhältnissen die Interpellation nicht auf den Tisch des Hauses niederlegen zu wollen, mit Einstimmigkeit anzunehmen zu lassen. Der Führer, und natürlich Ollivier, nach einem längeren Gespräch mit Prinz Napoleon, traten gleichfalls hierfür ein, und die Mitglieder der alten Majorität, Herr Mege an der Spize, die ausgerufen hatten: "Lassen Sie uns unser Bündel Pfeile nicht auflösen, das uns allein die Macht giebt!" wären so gerührt von dieser Mässigung, daß sie Ollivier erklärten, daß er nun über ihre Stimmen verfügen könne, falls er Minister werden sollte. Dagegen machte die alte Majorität Reserven gegenüber der Person des Herrn Buffet, der seiner geringen Liebenswürdigkeit und seiner Schweigsamkeit wegen bei ihnen eben so unbeliebt ist, als beim Kaiser, der ihn persönlich verabscheut. Deßhalb durfte auch Buffet nur im äußersten Notfalle in eine Ministerkombination einbezogen werden. Ségris stellte noch schriftlich den Antrag, die Interpellation als Annex der kaiserlichen Botschaft in den Archiven der Kammer aufbewahrt zu sehen — worauf sich die Versammlung trennte, um heute Morgen durch die Vertagung der Kammern, wie gesagt, höchst überrascht zu werden. Indessen, man sieht ein, daß ohne ein neu konstituiertes Ministerium die Sitzungen des gesetzgebenden Körpers nicht fortzuführen waren. Man ist auch gerecht genug, zuzugeben, daß gerade diese Vertagung und damit zusammenhängende Personenwechsel erste Bürgschaften dafür sind, daß diesmal die angekündigten Reformen vorgemerkt und der liberaler ausgeführt werden, als diejenigen vom 19. Januar 1867. Das Staatsministerium ist also durch kaiserliche Entschließung nun ein für alle Mal unterdrückt. Mit Rouher, dessen Ernennung zum Senats-Präsidenten noch dazu überaus problematisch scheint, scheiden bestimmt aus dem Kabinette der Justiz- und Kultus-Minister Baroche, der Minister des Neuen, Lavalette, und der Präsident des Staatsrates, Buitry. Auch das Verbleiben Duruy's im Unterrichts-Ministerium ist noch keineswegs gesichert. Dagegen trennen sich von Rouher die Minister des Innern, Forcade de la Roquette, der Finanzen, Magne, des Krieges, Niel, der Marine, Rigaud de Genouilly, und des Handels, Gressier. Beuhus der Übernahme der erledigten Portefeuilles sind mit den Autoren der Interpellation zunächst Unterhandlungen angeknüpft worden. Die Herren Talhouet und Ségris haben sich auch schon zur Übernahme eines Portefeuilles bereit finden lassen. Außerdem spricht man noch in St. Cloud von der Möglichkeit des Eintritts des Vize-Präsidenten Alfred Leroux und des ehemaligen Marine-Ministers Chasseloup-Laubat, der aber nicht sein altes Portefeuille übernehmen solle. Emil Ollivier, dem natürlich ein Portefeuille, das der Justiz, angeboten worden war, hat dieses so wie jedes andere in motivirter Weise abgelehnt. Er sagte dem Kaiser, daß er Rouher seit zwei Jahren auf das energischste bekämpft habe und nun nicht, in dem Moment, wo er sein Ziel erreicht und jenen moralisch vernichtet habe, dessen Erbhälfte antreten wolle. Im Gegentheile, ihm liege daran, seinen Gegnern zu zeigen, wie kommt in seinem Streben jedes persönliche Motiv fern gelegen und wie ungerecht man ihn verdächtigt habe. Der Kaiser hat diese Ansicht nicht zu widerlegen vermocht und Ollivier, der versprochen hat, in der Kammer das neue Ministerium nach Kräften zu unterstützen, blieb vorläufig von jeder Verpflichtung frei, ins Kabinett einzutreten. Auf der anderen Seite dagegen ließ Drouyn de Lhuys alle Minen springen, um bei diesem Umschwung als "Verfassungstreuer" wieder zur Leitung des auswärtigen Amtes berufen zu werden. Es ist jedoch zu hoffen, daß es Olliviers Bedenken, dieser Name habe eine zu ausgesprochen kriegerische Bedeutung, um im Lande beruhigend wirken zu können, gelungen sein werde, ihn bei Seite zu schieben. Sollten die Herren Talhouet und Ségris schon jetzt ins Ministerium treten, so würden sie vorläufig ihre Entlassung als Deputierte geben müssen, um sich, nach Befürirung des Senatus-Konsuls, welcher das Deputiertenmandat mit dem Besitz eines Ministerportefeuilles für vereinbar erklärt, ihren Wählern aufs Neue zu präsentieren. Die Linke zeigt sich bis jetzt noch sehr wenig erbaut von den Reformen. Sie spielt den Verächtern und ihren Mitgliedern zucken höhnisch die Achseln. Sie meinen, sie bielen nichts auf die Prärogative der Kammer, und wünschten lieber "demokratische Institutionen", als die Abschaffung der offiziellen Kandidaturen, die Wahl der Maîtres durch die Kommunen u. s. w. — aber die guten Leute vergessen, daß dies eben keine Verfassungsbestimmungen sind, sondern einfach Gesetze, die das neue, liberale Ministerium ohne Weiteres auf dem gewöhnlichen Wege einbringen kann.

Die offiziösen Blätter bringen bereits Einzelheiten über die Ministerkrise. Man erfährt darüber bis jetzt Folgendes: Rouher, der heute Morgen bereits auf sein Landgut Céreys abgereist ist, um sich in etwa 10 Tagen nach Paris zurück zu begeben, hatte schon Sonntag Nachmittag seine Enthaltung gegeben und am Montag aufrecht erhalten. Mit ihm treten zurück: Baroche, Justiz, Lavalette, Neuhertz, Buitry, Staatsrat, Duruy, Unterricht. Die anderen Minister stellen sich dem Kaiser zur Verfügung. Letzterer ist entschlossen, das Staatsministerium und das des kaiserlichen Hauses zu unterdrücken, Handel und öffentliche Bauten in zwei Départements zu trennen und Post- und Telegraphenweisen zu einem neuen Ministerium zu vereinigen. Ollivier weigerte sich trotz der Bitten des Prinzen Napoleon, irgend ein Portefeuille anzunehmen. Buffet erhielt keinen Antrag ins Kabinett zu treten; er gilt als zu wenig beliebt bei der Majorität. Der Minister des Innern, Forcade ist mit der Bildung des Ministeriums betraut und legte sich vom Tiers-Partei mit Ségris, Talhouet, Louvet und Chevandier de Baldrome in Verbindung. Drouyn de Lhuys wurde der kriegerischen Bedeutung seines Namens wegen nicht akzeptiert. Außerdem spricht man noch von dem Herrn Alfred le Roux, Chasseloup-Laubat und vom Fürsten Latour d'Alvergne, Botschafter in London, der dann durch Lavalette erzeigt würde. Noch ist indeß nichts entschieden. Rouher soll Präsident des Senats, Marshall Baillant Großkanzler der Ehrenlegion werden. Dem Präsidenten Schneider, der auch der gestrigen Ministerberatung beiwohnte, wird ein bedeutender Einfluß auf den ganzen Verlauf der Krise zugeschrieben. Die Theilnahme des Publikums an allen diesen Vorgängen ist eine sehr große, und die Zeitungen finden reizhafte Absatz. Die Strafen, insbesondere die Boulevards, sind ungemein belebt.

Die von der französisch-belgischen Kommission getroffene Übereinkunft wird in zwei, zu dem gestern mitgeteilten Pro-

tokoll gehörigen Anlagen näher dargelegt. Die Bestimmungen der selben, welche als Grundlage für die abzuschließenden Verträge der französischen Ostbahn mit den belgischen, niederländischen und luxemburgischen Bahnen dienen sollen, besagen:

Der französischen Ostbahn wird Ermächtigung gegeben, durchgehende Büge zwischen Antwerpen und der Schweiz einzurichten, entweder über Brüssel, Namur, Sterenich, oder über Mecheln, Lüttich, Pepinster gegen Zahlung eines Durchschnittspreises für den durchlaufenen Kilometer auf den belgischen Bahnen. Diese Büge sollen auch Waaren für die Zwischenstationen transportiren dürfen. Die Ostbahn kann ermäßigte Tarife für den Transitz aufstellen; sie kann zu Antwerpen Agenten für ihren Dienst anstellen und ebenso die belgische Verwaltung dergleichen in Basel. Die Ostbahn darf für den Verkehr mit den niederländischen Häfen keine niedrigeren Fahrpreise ansetzen, als für den mit den belgischen Häfen. Wird der Vertrag, der für 5 Jahre geschlossen wird, gefündigt, so wird während der Dauer des Vertrages mit den niederländischen Bahnen für den Transitz auf den belgischen Bahnstrecken der Tarif der belgischen Staatsbahn maßgebend sein, und es dürfen dafür keine Ausnahmebedingungen aufgestellt werden. Ganz ähnlich wird der Vertrag mit der niederländischen Gesellschaft geschlossen werden, vorbehaltlich der Genehmigung durch die niederländische Regierung. Die Ostbahn erhält darin ebenfalls die Ermächtigung, durchgehende Büge zwischen Rotterdam, Utrecht u. Ans einzurichten u. Agenten zu Rotterdam u. Utrecht anzustellen. Uebrigens wird die Ostbahngesellschaft ermächtigt, der niederländischen Gesellschaft Vorläufe zu leisten zur Ausgleichung des Unterschiedes der Einnahmen und Ausgaben auf der Lüttich-Limburger Bahnstrecke. Diese Vorläufe sollen von 1870 an während einer Periode von 6 Jahren geleistet werden und im Ganzen die Summe von 1,800,000 Fr. nicht übersteigen. Sie sollen von 1876 an zurückgezahlt werden mit 4 p.C. Zinsen aus dem Betriebsgewinn. Die Ostbahn wird zu diesem Ende ein Recht der Kontrolle erhalten. Die Tarife werden gemeinschaftlich festgestellt. Der Vertrag wird auf mindestens 25 Jahre von 1870 an geschlossen, erlischt jedoch erst mit der vollständigen Rückzahlung der Vorläufe. Sollte die belgische Regierung den Betrieb auf der Lüttich-Limburger Bahn wieder an sich nehmen, so tritt sie in alle Verpflichtungen der niederländischen Gesellschaft gegen die französische Ostbahn ein.

Die Kaiserin macht, wie die "France" meldet, bereits Anstalten zu ihrer Reise nach dem Orient. Zum 30. September will sie in Konstantinopel sein und zehn Tage dort verweilen, vom 10.—20. Oktober Smyrna und Umgegend besuchen und sich dann nach Egypten begeben, wo sie am 17. November auf mindestens 25 Jahre von 1870 an geschlossen, erlischt jedoch erst mit der vollständigen Rückzahlung der Vorläufe. Sollte die belgische Regierung den Betrieb auf der Lüttich-Limburger Bahn wieder an sich nehmen, so tritt sie in alle Verpflichtungen der niederländischen Gesellschaft gegen die französische Ostbahn ein.

Paris, 15. Juli. (Tel.) Die "Agence Havas" meldet: Die Verhandlungen über die Neubildung des Ministeriums dürfen noch im Laufe des heutigen Tages oder spätestens morgen ihren Abschluß erreichen. Daß Fürst Latour d'Alvergne das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten übernehmen wird, gilt noch immer für wahrscheinlich. Die Frage über die Dauer der Vertagung des gesetzgebenden Körpers bleibt selbstverständlich der Beschlusshandlung des neuen Ministeriums vorbehalten. Alle Gerüchte über angeblich beabsichtigte Auflösung des gesetzgebenden Körpers sind durchaus grundlos.

### Spanien.

Madrid, 11. Juli. Die Modifikation des Ministeriums, zu welcher durch den Austritt des Justizministers Herrera der Anstoß gegeben war, ist nicht ohne Schwierigkeiten zu Stande gekommen. Die "Kölner Blg." berichtet darüber:

Marschall Prim mußte es sich die größten Anstrengungen kosten lassen, um einen definitiven Bruch zwischen den drei Parteien, die sich zur Durchführung der Septemberrevolution im konstitutionell-monarchistischen Sinne verbunden haben, zu verhindern. Am Abend des 9. haben zwei große Parteiverfammlungen der liberalen Union und der demokratischen Partei stattgefunden, welche letztere durch den Übertritt einiger progressistischer Abgeordneten jetzt auf die Stärke von 35 Mitgliedern angewachsen ist. Beide Parteien verpflichteten sich, die ihnen angebotenen Portefeuilles anzunehmen und verzichteten, um die Rekonstruktion des Ministeriums zu erleichtern, auf die Borderung bestimmter Portefeuilles für ihre Parteigenossen. Das neue Ministerium besteht demnach aus 3 Unionisten, 3 Progressiven und 2 Demokraten. Zurückgetreten sind Herrera (Justiz) und Gómez (Finanzen). Marschall Prim hat die Präsidentschaft und das Kriegsministerium behalten, desgleichen Sagasta das Ministerium des Innern; der Arbeitsminister Borilla, der von den progressistischen Mitgliedern des Kabinetts am weitesten nach links geht, ist an Herreras Stelle Justizminister geworden. Was aus Herreras Erfolg werden wird, der zu dem Rücktritt desselben Veranlassung gab, steht noch dahin. Von den unionistischen Mitgliedern hat Admiral Lopez das Marineministerium behalten, dagegen das von ihm seit Ayolas Rücktritt interimistisch verletzte Kolonialministerium abgegeben; Silvela ist Minister der auswärtigen Angelegenheiten geblieben, Konstantino Ardanaz ist neu eingetreten und hat das durch Gómez' Rücktritt vakant gewordene Portefeuille der Finanzen übernommen; er gilt als volzwirtschaftliche Kapazität und neigt, wie sein Vorgänger, zum Freihandelssystem. Neu eingetreten sind ferner zwei Demokraten, José Echegaray, bisher Direktor der öffentlichen Arbeiten und bekannt wegen seiner feurigen Reden für die Gewissensfreiheit, hat von Borilla das Ministerium der öffentlichen Arbeiten übernommen; Manuel Becerra, einer der Bezirksbürgermeister von Madrid, der vor der Septemberrevolution zu den Republikanern gehörte und 1854 in den konstituierenden Cortes mit Rivero für die Abschaffung des Königthums gestimmt hatte, hat das Kolonialministerium erhalten. Martos, gleichfalls eine Spalte der demokratischen Partei, hat sich geweigert, ein Amt anzunehmen, um nicht den Schein auf sich zu laden, als habe er bei seinem Misstrauensantrage gegen Herrera persönliche Zwecke verfolgt. — Das neue Ministerium ist als ein Koalitionsministerium zu betrachten, welches die große Majorität der Cortes mit Ausnahme der äußersten Rechten, d. h. der Karlisten und Neoabsolutisten, und der äußersten Linken, d. h. der Republikaner hinter sich hat. Innerhalb der liberalen Union sind allerdings manche Elemente vorhanden, die nicht ohne Vorbehalt die durch die September-Revolution errungenen Freiheiten angenommen haben, jedoch bilden sie nur eine geringe Minorität innerhalb ihrer Partei, und die einflussreichsten Mitglieder derselben, wie Rios Rosas, der frühere Kortespräsident, haben sich auf den neu geschaffenen Rechtsboden gestellt. Einer jener rückwärtigen Unionisten, Canovas del Castillo, beabsichtigt, vor der Vertagung der Cortes die übrigens auch von der "Epoche" vertilgte Frage anzutreten, ob es nicht für die konstituierenden Cortes an der Zeit sei, sich in die ordentlichen Cortes umzuwandeln, den Senat einzuberufen und die Königswahl vorzunehmen. Die Heinde Montpensier haben wieder eine neue Spiznamen aufgetragen — Spott wirkt oft mehr als Grinde —, sie nennen ihn Cain II., weil er mittelbar dazu geholzen hat, seine Schwägerin Isabella aus dem Lande zu vertreiben, sie als Königin gewissermaßen totzuschlagen.

Zwischen dem Grafen Chesse, gegen welchen in Cadiz ein kriegsgerichtliches Verfahren eingeleitet ist, und dem Minister des Innern schwelt ein Federstreit, welcher weitere Aufmerksamkeit nur aus dem Grunde erregen kann, weil auf die Haltung des Kaisers Napoleon in demselben angespielt wird. Der Minister Sagasta verlas einen von ihm an den Grafen gerichteten Brief in der Kortesitzung vom 9. Juli; es kommt in dem Schreiben folgende Stelle vor:

"Ich habe in meiner Antwort an Herrn Ochoa nicht behauptet, daß Sie von Seiten des Kaisers der Franzosen auf den Beifall Frankreichs zählen, um den bourbonischen Thron wieder herzustellen. Ich habe gesagt und wiederhole es, daß Sie bei Ihren Restaurationsbestrebungen noch auf die Stütze des Kaisers rechnen, was nicht dasselbe ist, wie Sie sehr gut wissen. Die Hilfe Frankreichs! Welche Tollheit, hätte ich sagen können,

dass Sie vom Kaiser der Franzosen die Hilfe Frankreichs erbeten haben, um den Bürgerkrieg nach Spanien zu tragen. Die Hilfe Frankreichs ist eine Sache, die nicht so leicht zu erlangen ist, wie Sie zu denken scheinen. Ich habe hinzugefügt und sage noch hinzu, daß der Kaiser Ihnen unzweifelhaft die Hilfe abgeschlagen hat, die Sie von ihm verlangten, um den Bürgerkrieg in Spanien anzufachen; er hat Ihnen bei dieser Gelegenheit eine Letton in spanischer Vaterlandsliebe gegeben. Ich glaube hier nicht nötig, die Worte weiter zu erläutern, die ich gesprochen, als ich ein Urteil nicht über den Privatmann, sondern über den Politiker fällt, welcher im Auslande gegen die Regierung seines Landes konspirierte. Sie konspirierten, Herr Graf von Chesse, gegen die konstituierende Regierung Ihres Landes, welches Sie selbst in der Junta von Vitoria anerkannt hatten."

Madrid, 15. Juli. (Tel.) In der heutigen Sitzung der Cortes legte der Konseilspräsident Prim die Liste des neuen Ministeriums vor. Dieselbe stimmt völlig mit der vorgestern gemeldeten, wonach also die Portefeuilles folgendermaßen vertheilt sind: Prim: Präsidentschaft und Krieg; Topete: Marine; Sagasta: Innern; Silvela: auswärtige Angelegenheiten; Borilla: Justiz; Ardanaz: Finanzen; Echegaray: öffentliche Arbeiten; Becerra: Kolonien.

### Italien.

Rom, 9. Juli. Gestern veröffentlichte das amtliche Blatt einen Vertrag zum Schutz des literarischen Eigenthums zwischen Frankreich und dem Kirchenstaate, an dem das Werkwürdigste, daß er nun schon zwei Jahre alt ist, ohne daß er zur öffentlichen Kenntniß gekommen. In der That bildet dieser bisher latente Vertrag eine Art Appendix zu dem Handelsvertrage, mit dem er zugleich im Juli 1867 unterzeichnet, im Oktober desselben Jahres ratifiziert wurde. Nur vergaß man bei der Veröffentlichung des Hauptvertrages den Anhang. Niemand wurde, wie es scheint, des Vergehens inne, und erst jüngst, gelegentlich einer Reklamation bei dem Staatssekretariat — nach zwanzig Monaten also — ward das Vergehen entdeckt und verbessert. Was den Vertrag selbst angeht, so sichert er den Schriftstellern und Verlegern des kontrahirenden Landes ganz dieselben Rechte zu, wie den Einheimischen. Für die Eigentümer von musikalischen und Kunstdarstellungen jeder Art gilt dasselbe. Um die Nachahmung eines französischen Werkes vor den römischen Gerichten verfolgen zu können, genügt also, daß der französische Eigentümer nachweisse, daß das Werk ein Originalwerk ist und im Heimatlande des gesetzlichen Schutzes genießt. Für Übertragungen in die andere Sprache gilt ebenfalls dasselbe, wenn das Übersetzungrecht vorbehalten ist.

### Großbritannien und Irland.

London, 13. Juli. Es braucht nicht als gleichgültige Kälte gegen die Geschicke des Vaterlandes angesehen zu werden, wenn ein Volk sich von der Sitte losagt, die Jahrestage seiner nationalen Siege mit äußerem Schmuck und hochtönenden Reden zu begehen. Es ist vielmehr ein Fortschritt der allgemein menschlichen Bildung, wenn, um Eines aus Beispiel anzuführen, Deutschland die jährliche Feier seiner Schlachten von Leipzig und Waterloo in Vergessenheit sinken läßt. Ein Siegesfest ist zugleich eine Demütigung irgend eines Nachbars; und wenn die Partei der Unverbüchlichen in Berlin, denen die Zukunft angehört, für ihre Anschauungen Kapital schlagen aus dem Umstande, daß in Preußen selbst der Sieg von Königgrätz nicht mehr mit öffentlichem Jubel gefeiert wird, so hat sie zwar so viel gegen das eigene Vaterland gewonnen, daß sich ein Theil der ausländischen Presse mit Eifer solcher verbitterten Erklärungen bemächtigt hat, in Preußen selbst aber wird man recht gut wissen, daß der Grund jener Erscheinung nicht in der Unzufriedenheit mit früheren Ereignissen, sondern in der geziemenden Rücksicht auf ein nun nicht mehr feindlich uns gegenüberstehendes Nachbarvolk liegt. In Irland freilich hat das Volk sich noch nicht zu der geistigen Höhe und dem freieren Blicke emporschwingen können, welche es erreichen müßte, um das unheilvolle Gedächtniß alter Parteikämpfe zu verwischen; dort feiert die eine Hälfte der Insel die Niederlage der anderen nun schon zum 179ten Male. Am 12. Juli 1869 schlug Wilhelm von Oranien seinen Schwiegervater Jakob am Boyneflusse, überwand in Irland der Protestantismus den Katholizismus. Jahr um Jahr wird das Andenken dieser Begegnung durch unzählige Volksversammlungen im protestantischen Norden erneuert, das meist zu Prügeleien und sonstigen Auseinandersetzungen, auch zu Bewunderung und Todtschlag führt. Gestern hat die große Bewegung angefangen und, wie gewöhnlich, ist der erste Tag noch nicht allzu schlimm verlaufen, obwohl die Orangisten-Aufzüge in ganz Ulster viel massenhafter waren, als je zuvor. Eine gewaltige Kundgebung, mehr als 25,000 Mann zählend und 139 Logen vertretend, fand bei Killiman und unter dem Vorzeige des fanatisch-bechränkten Unterhauses-Mitgliedes Johnston statt. In Enniskillen, Saintfield, Antrim und Portadown waren die Orangisten gleichfalls in unerhörter Zahl erschienen. Überall wurden Reden gegen die "Beraubung" der irischen Kirche gehalten und nicht minder gegen die Parlaments-Akte, in welcher die Partei-Aufzüge verboten worden. Diese Akte war jedoch von all diesen Versammlungen, deren Theilnehmer in Reih und Glied mit Fahnen und Musik angezogen kamen, offen verletzt und durchbrochen worden. Gladstone erhielt bei diesen Ausbrüchen der Parteiberedsamkeit zu seinen vielen früheren Titeln einen neuen: Werkzeug des Teufels. In Belfast hatten die Behörden in Anbetracht der aufgeregten Stimmung der Bevölkerung Vorsichtsmaßregeln getroffen; Infanterie, Ulanen und Konstabler waren auf ihren Posten des Rufes gewartig, wie denn nie zuvor so viele Druppen in der Provinz zu sehen waren. Die einzige feindliche Begegnung, von welcher der Telegraph gestern berichtete, ereignete sich in Mussel bei Londonderry. Dort hatten sich 800 bewaffnete Katholiken zusammengehart, welche bei ihrer Rückkehr durch die Straßen mit den Protestanten zusammenstießen. Es legte einen Kampf ab und ein Katholik erhielt Stichwunden; doch war die Polizei stark genug, um weiteres Unheil zu verhüten. (Köln. Blg.)

### Dänemark.

Es ist schon angeführt worden, daß Bischof Monrad, der das dänische Ministerium zwei Mal in der verhängnisvollen Periode geleitet hat, jetzt nach dreijähriger Abwesenheit in Australien in sein Vaterland zurückgekehrt ist und vor ganz Kurzem auf sein Ansuchen eine Landpfarrstelle bei Kopenhagen erhalten hat. Nebenbei hat aber der ehemalige Konseilspräsident

und Bischof von Laaland die Lieferung der Leitartikel für „Fä-dreelandet“ übernommen. On revient toujours à ses premiers amours. Journalist und Pfarrer sind die Ausgänge der wechselvollen Laufbahn Monrads gewesen, gewiß der einzige Land-pfarrer der Welt mit dem Titel „Exzellenz“ und zahlreichen Großkreuzen auf der Brust.

### Rusland und Polen.

**Petersburg**, 14. Juli. In Folge der Vermittelung der russischen Gesandtschaft in Konstantinopel hat die Pforte nach Bajazid telegraphisch den Befehl ertheilt, den persischen Nomaden zu gestatten, durch den Kaschischski-Pas in ihr Land hinüberzuziehen.

### A s i e n.

Briefe und Zeitungen aus Kalkutta vom 11. Juni berichten über einen furchtbaren Orkan, der am 9. Juni in Kalkutta und anderen Theilen Bengalens gewütet. Hunderte von Hütten und Bäumen wurden durch die Gewalt des Sturmes vom Erdboden entzogen und auch massive Gebäude arg beschädigt. Die Zahl der Menschenleben, die bei diesem Naturereignis verloren gingen, ist noch nicht bekannt. In Kalkutta war der Geschäftstrafverkehr völlig unterbrochen. Durch den Fall eines Daches des Gefangenenehospitals wurden zwei Frauen getötet und neun schwer verletzt. Die Zahl der zerstörten Böte auf dem Hooghlyflusse ist eine Legion. Größere Fahrzeuge haben weniger Schaden gelitten. — Infolge der vielen Todesfälle, welche durch die anhaltende furchterliche Hitze unter Eisenbahnreisenden vorkommen, hat die Direktion der Ostindischen Eisenbahn beschlossen, auf jeder Station der Bahnstrecke eine Anzahl Särge bereit zu halten.

### A m e r i k a.

**Newyork**, 30. Juni. Der Präsident hat die Nation mit einem Ministerwechsel überrascht. Am 25. reichte Herr Borie, der Marineminister, in einem sehr verbindlich gehaltenen Briefe unter Versicherung des Dankes für die ihm stets erwiesene Freundlichkeit seine Entlassung ein, und unmittelbar darauf erhielt er in freundlichen Zeilen die Antwort, daß dieselbe angenommen worden sei. Sofort war auch schon der Nachfolger bereit. Er heißt Robeson. Die amerikanischen Blätter berichten über ihn:

Robeson ist aus New-Jersey und war seines Zeichens Generalanwalt des Staates. Er befand sich auffällig gerade in Washington, akzeptierte das Amt und wurde unverzüglich eingeschworen. Die ganze Transaktion war das Werk einer Stunde, und die Minister, welche sich zur Kabinetsberatung einfanden, hatten keine Ahnung davon, daß sie einen neuen Kollegen befanden. Es ist doch etwas Eigenes um Grants Kabinet. Schwer waren die Geburtswehen, und als es endlich das Licht der Welt erblickte, trug es bereits die hippokratischen Büge. Jeder galt nur als provisorisch, der Präsident selbst schien die Sache nur als Experiment zu betrachten, indem er sich vorbehalt, Jeden fortzuführen, der seinen Erwartungen nicht entspreche, und vielleicht werden sich in Monatsfrist nur noch Fish und Boutwell im Amt befinden. Wie Andere, war auch Borie, der sich im Genuß wohlerworbenen Gütern harmlos seines Lebens freute, durch seine Nominierung überrascht worden und hatte sich nur mit Widerstreben zur Annahme eines Amtes entschlossen, dem er sich keineswegs gewachsen fühlte. Seine Bedenken wurden durch die Versicherung bestätigt, daß er wenig oder nichts zu thun habe, indem der Admiral Porter alles befrage. Es erwies sich nun aber, daß die von Porter getroffenen Anordnungen nichts weniger als populär waren, ein Strohmann zu sein, ist auch nicht angenehm, und Demjenigen, dessen ausschließliche Aufgabe es war, Verfügungen zu unterschreiben, von denen er nichts verstand und für die er dennoch die Verantwortung zu tragen hatte, ist es gewiß nicht zu verdenken, wenn er der Sache überdrüssig wurde und um Entlohnung bat. Populär hat er sich nicht zu machen gewußt, unter den Mitgliedern des Kabinetts galt er als das schwächste, und gern sieht man ihn schelten. Herr Robeson ist fast eine ebenso unbekannte Persönlichkeit wie Borie und versteht vom Marinefach so viel wie dieser. Man weiß nur, daß er ein besonders schöner und sehr geachteter Mann, ein trefflicher Patriot, ein Republikaner von sehr stark ausgeprägtem Ansehen und ein tüchtiger Jurist ist. Während des Krieges machte er sich besonders verdient um die Bildung von Freiwilligen-Regimentern, und dies trug ihm im Volksmunde den durchaus unpassenden Titel „General“ ein. Vergleichen kann einem übrigens in Amerika leicht passieren, ohne daß man die mindeste Schuld daran trägt, und da im vorliegenden Falle ein wirkliches Verdienst im Hintergrunde steht, darf man ihm den martialischen Titel schon gönnen. Seine Gegenwart wird Grants Kabinet zur Siede gereichen, und hoffentlich gelingt es ihm, sich im Amt nützlich zu machen. Die ganze Transaktion zeugt von dem sehr unabhängigen Charakter Grants. Die Verantwortung, welche auf ihm ruht, will er mit keinem Andern teilen. Weitere Modifikationen des Kabinetts möchten schon deshalb in Kürze zu erwarten sein, weil es doch nicht angeht, das mächtige Pennsylvania durch die aristokratische Republik Sandy Hook zu erobern und jenes im Rathe der Nation unvertreten sein zu lassen. Der Nächste, welcher seine Entlassung einreicht, wird wohl der Generalanwalt Hoar sein.

In Newyork wurden im Laufe der Woche riesige und erfolgreiche Anstrengungen gemacht, um die Neutralitätsgezege durchzuführen. Die Mitglieder der kubanischen Junta wurden verhaftet, unter Anklage und Bürgschaft gestellt, und gelang es auch dem ersten unter ihnen, Oberst Ryan, zu entwischen, so wurde doch die große Expedition, welche eben im Abfegeln begriffen war, bereit. Den Eiser und die Gewissenshaftigkeit der Regierung in Erfüllung einer unangenehmen Pflicht muß man loben. Auf die Nachricht vom geheimen Abzug einer illegalen Expedition fügend, erhebt die „Pall Mall Gazette“ die ironische Frage, ob denn jetzt die Vereinigten Staaten den Spaniern Schadenersatz leisten würden, und auch der Londoner „Star“ betrachtet die Sache sehr ernst. Darauf ist zu erwidern: Hätte England nur den zehnten Theil des guten Willens entfaltet, welcher sich hier durch die That bewährt, so würde die „Alabama“ nicht abgegangen, ja nicht gebaut, und von amerikanischer Seite nie eine Klage erhoben worden sein. Geklagt und Schadenersatz gefordert wird nicht, weil die südlichen Forts mit direkt importierten Armstrong-Kanonen armirt, die südlichen Regimenter mit britischen Gewehren bewaffnet waren, sondern wegen der von der englischen Regierung direkt veranlaßten und begünstigten Seeräubereien. Schwer wird den Vereinigten Staaten die Erfüllung ihrer Pflicht gemacht, das läßt sich nicht leugnen. Das Benehmen der Spanier auf Kuba ist der Art, daß seine Duldung durch eine benachbarte Macht kaum entschuldigt werden kann. Amerikaner, welche sich der Freiheitsarmee einrichten, werden, wenn man ihrer habhaft wird, auf der Stelle erschossen. Die Zustände auf der Insel sind schrecklich. In beiden Heeren wütet die Cholera, am furchtbaren aber natürlich unter den nicht akklimatisirten Spaniern. Die Freiwilligen verjagten neuerdings den General Buena unter Bedrohung seines Lebens; er mußte heimlich das Land verlassen, um nicht ermordet zu werden. Auch ermordeten sie einen 19jährigen Eng-

länder, den sie im Verdacht hatten, eine Korrespondenz mit den Insurgenten unterhalten zu haben. Dergleichen Amusements sind ihnen gestattet. Dagegen räumten sie die von ihnen zwangsweise in Besitz genommenen Hafensorts von Havanna, um der Regierung einen Beweis ihrer Loyalität zu geben und zu zeigen, daß sie nicht den Willen hätten, sich der Landung des neuen Generalkapitäns zu widersetzen. Diesen Entschluß zu beweisen, haben sie denn auch keine Ursache, denn Caballero de Roldas ist einer von den Thrigen. Am 28. kam er in Havanna an und wurde mit den gewöhnlichen Ehrenbezeugungen empfangen. Gleich nach seiner Ankunft erließ er eine Proklamation, worin er als seine Parole die Worte: „Spanien, Gerechtigkeit und Moralität“ hinstellte, die Freiwilligen wegen ihres bisherigen Verhaltens lobte und ihnen sagte, sie hätten allen Grund, darauf stolz zu sein. Ob es den Vereinigten Staaten möglich sein wird, unter solchen Umständen noch lange zuzusehen, ist zweifelhaft. Das Kriegs Glück war den Insurgenten in letzter Zeit ziemlich hold. Bei Puerto Principe haben sie einen spanischen Posten von 80 Mann auf, und in mehreren bedeutenden Gefechten trugen sie den Sieg davon. An großen Operationen ist aber in jüngerer Saison weder auf der einen noch auf der anderen Seite zu denken.

### Lokales und Provinzielles.

**Posen**, 16. Juli.

**Zu Ehrenmitgliedern des Nationaldanks für Veteranen** sind von dem Kronprinzen im Namen des Königs als Protektor des Vereins ernannt worden: der Kaufmann Glas und der Maurermeister Szakiewicz in Kosten, der k. niederländische Domänen-Direktor, Lieutenant a. D. Hansmann in Racot, Kr. Kosten, sowie im Schubiner Kreise die Rittergutsbesitzer, Rittmeister a. D. v. Falckenhayn in Chomontow, Hennig in Sienick und Arthur Graf v. Izenplitz zu Herzberg; desgleichen als Verwaltungsmitglied der Kreis-Sekretär und Lieutenant a. D. Schendel in Kosten, zum Schriftführer des Kreis-Kommisariats Kosten.

**Auszeichnung.** Dem Hegemeister Mäder zu Goritzhaus Trebisch, im Kreise Birnbaum, ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen worden.

**Personalnachrichten.** Die Ordination zum geistlichen Amt empfingen durch den k. General-Superintendenten D. Kraatz am 4. d. die Predigant-Kandidaten Feig in Schildberg und Tilgner in Adelnau. Berufen sind: Die genannten beiden Kandidaten und zwar Feig in die Hilfspredigerstelle zu Schildberg und Tilgner in die Hilfspredigerstelle zu Adelnau, außerdem der frühere Predigant-Kandidat Wehrhan aus Kay bei Züllichau in die Pfarrstelle zu Oberliske, sowie der bisherige Pfarrer Wester Bahr in Kuschlin, Kr. Wollstein, zum Pfarrer derselbst.

**Zur Gedenkfeier des Gesetzes bei Tobitschau** fanden gestern in der mit preußischen Fahnen geschmückten Husarenkaserne entsprechende Festlichkeiten der Chargirten und Mannschaften des 2. Leib-Husarenregiments statt.

**Zur weiteren Verfolgung des Kirchendiebstahls** zu Swierzyne hatte sich vorgestern der Polizeiinspektor Schonepelt nach Lissa begeben und gelang es ihm noch am derselben Tage, Abends 10 Uhr, den einen der drei Kirchendiebe zu verhaften, als er das gestohlene und vergangene Gut wieder auszugeben im Begriffe war. Sobald er bemerkte, daß er entdeckt sei, warf er die in ein Tuch eingebundenen, bereits zerbrochenen silbernen Kirchenglocken von sich weg und zog ein geladenes Pistol aus der Tasche, um sich gegen den auf ihn eindringenden Schuhmann zur Wehr zu setzen. Es gelang letzterem jedoch, dem Verbrecher die Waffe aus der Hand zu schlagen und ihn nach verzweifelter Gegenwehr zu verhaften. Wie wenig Gewinn übrigens bei einem solchen Diebstahl der Dieb selbst hat, und wie der Hauptgewinn stets dem Hehler zufällt, erlebt man so recht aus diesem Falle. Der eine der Einbrecher, welcher sich nach Posen begeben hatte, verkaufte sein Silberzeug, welches einen Metallwert von etwa 50 Thlr. hatte, für 3 Thlr. Die Unterhändlerin verdiente 4 Thlr., der Trödler A. 8 Thlr., während der Gewinn des Goldarbeiters S. sich auf etwa 35 Thlr. belaufen hätte.

**Der Streit der Zimmergesellen** hat in Folge eines Kompromiss zwischen Meistern und Gesellen seine Erledigung gefunden. Die Gesellen verlangten bekanntlich einen Arbeitslohn von 22½ resp. 25 Sgr. bei einer Arbeitszeit von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends, während die Meister unter Beibehaltung der Arbeitszeit von 5 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends nur 15 bis 25 Sgr. zahlen wollten. Die Meister haben sich nun bereit erklärt, bei einer Arbeitszeit von 6 Uhr Morgens bis 7 Uhr Abends allen Gesellen, die seit länger als zwei Jahren aus der Lehre getreten sind, einen Lohn von 22½ resp. 25 Sgr. zu bewilligen, während die jüngeren Gesellen einen Lohn von 15 bis 20 Sgr. erhalten sollen. Die Gesellen haben in ihrer gestrigen Versammlung diese Bedingungen akzeptiert, und hat nach frätigem Streit die Arbeit auf den hiesigen Zimmer- und Baupläßen am heutigen Tage wieder begonnen.

**Das Galgengrundstück.** In früheren Zeiten befand sich der gemauerter Galgen der Stadt Posen unterhalb der Wilda, etwa zwischen dem Etablissement Schweizerhaus und dem Grundstücke der Dames au sacré coeur de Dieu. Nachdem derselbe etwa in den dreißiger Jahren unseres Jahrhunderts abgebrochen worden war, hat seitdem das der Stadt gehörige Galgengrundstück völlig unbewußt dagelegen, indem im Sommer höchstens Schweine und Gänse dort ihr Spiel trieben. Dem Vernehmen nach soll man nun mit dem Plane umgehen, die Grenzen dieses Grundstückes zunächst genau feststellen zu lassen, um dasselbe alsdann im Interesse der Kommune zu verwerten.

**Falsches Geld**, und zwar Viergroschenstücke mit der Jahreszahl 1764 und Achtgroschenstücke mit den Jahreszahlen 1777 und 1778, erfärbare von Messing, letztere von Neusilber, sollen, wie uns mitgetheilt wird, in letzter Zeit vielfach im Verfahre zum Vortheile gekommen sein.

**Zu der Feuerlöschpflicht** werden bekanntlich alljährlich aus jedem Polizeirevier 60 der dazu verpflichteten herangezogen, so daß in einem Beitraum von durchschnittlich 4 Jahren ein jeder derselben ein Jahr hindurch an die Reihe kommt. Am Sonntag den 18. d. M. sollen diejenigen Personen, welche vom 1. August d. J. ab bis zum 1. August 1870 den Dienst an den Revierspritzen zu versehen haben, durch Handschlag an Eidesstatt verpflichtet werden. Wer bemerkt hierbei, daß sich ein Jeder durch Stellung eines geeigneten Ersatzmanns dieser Feuerlöschpflicht entziehen kann. Die hiesigen Dienstmänner übernehmen gegen Zahlung von 4 Thalern die Verpflichtung, bei allen Bränden, welche im Laufe eines Jahres vorkommen, den Dienst an den Revierspritzen zu versehen. Da unsere Stadt alljährlich von etwa 12 Bränden betroffen zu werden pflegt, so ist der obige Betrag ein sehr mäßiger, besonders wenn der Schaden in Betracht gezogen wird, welchen man bei Erfüllung der Feuerlöschpflicht so leicht an Gesundheit und Kleidungsstückern erleiden kann.

**Aus der Provinz**, 14. Juli. [Instruktion zum Normalstatut.] Zu dem von der k. Regierung mit Genehmigung des öbr. Oberpräsidenten den jüdischen Korporationen der Provinz zugesetzten Normalstatut hat die k. Regierung zu Posen die Landratsämter mit Instruktion versehen, welche dieselben zur Verhandlung mit den einzelnen Korporationen zu bestellenden Kommissarien mitzuholen haben. Nach derselben sollen zu § 1 des Statuts alle diejenigen Landgemeinden und Gutsbezirke, sowie etwa beigetragene Städte unter Bezeichnung dieser Eigenschaft aufgenommen werden, welche dem Bezirk der betreffenden Korporation unzweifelhaft angehören. Zweifel über die Angehörigkeit, welche gelegentlich dieser statutarischen Regelung etwa hervorträte, werden durch geeignete Ermittelungen, event. durch besondere Anträge, deren Stellung nicht bis zum Schlusse der statutarischen Regelung auszuweisen ist, zu erledigen sein. Nach Maßgabe des § 2 des Statuts bedarf es in Zukunft der Genehmigung der k. Regierung zu den von den einzelnen Korporationen etwa zu beschließenden Änderungen des Tarifs für eine bereits bestehende Kripka, sowie für die zu Recht bestehende Gebührenerhebung der Kultus- und Korporationsbeamten nicht mehr. Die Heranziehung der unter Wormschaft oder Kuratール stehenden Personen zu den Korporationslasten, welche vom Bisherigen abweicht, wird bei Annahme des Beitragssufses, nach welchem die Kosten des Kultus und der übrigen Bedürfnisse der Korporationen durch einen für drei Jahre angelegten, von der

k. Regierung zu genehmigenden Etat festgesetzt und auf die einzelnen Beitragspflichtigen nach Verhältniß ihrer Klassen- und Klassifizirten Einkommensteuer, sofern aber am Korporationshauptorte die Klassensteuer nicht erhoben wird, nach Verhältniß der gleichartigen direkten Kommunalsteuer umgelegt werden, wozu die Staats- resp. Kommunalsteuerlasten zur Grundlage dienen, ohne Schwierigkeit durchzuführen seien. In manchen Korporationen ist die Zahl der Mitglieder der Repräsentanten-Versammlungen zur Zeit geringer als 9. Da dieser Zustand als ein der bestimmten Vorschrift im § 40 des Gesetzes vom 30. Juli 1847 widerstreitender nicht länger geduldet werden kann, so haben die betreffenden Korporationen entweder ihre Repräsentanten-Versammlung zu verstärken, oder auf die Bildung einer Repräsentantenversammlung ganz zu verzichten. Dieser Verzicht kann übrigens nur da zugelassen werden, wo die Zahl der Korporationsmitglieder unter Berücksichtigung der §§ 15 und 22 des Statuts (Verwandtschaftsgrade) nicht ausreicht, um für den Vorstand und die Repräsentanten-Versammlung die erforderliche Anzahl von Mitgliedern und Stellvertretern zu gewinnen, demgemäß muß bei denselben Korporationen, welche mehr als 32 stimmberechtigte Mitglieder zählen, auf die Einsetzung einer vollzähligen Repräsentantenversammlung gehalten werden. Bei Bestellung der Zahl der Stellvertreter kann bis auf 1/3 der Zahl der Repräsentanten hinabgegangen werden, da der § 41 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 nur noch eine „entprechende“ Zahl vorschreibt, und da dieser nach Maßgabe des § 17 des Statuts in Zukunft zur Beschlusshfähigkeit der Versammlung abweichend von den bisherigen Vorschriften die Anwesenheit der einfachen Mehrheit der Repräsentanten beziehungsweise Stellvertreter genügt. — Nach Annahme des Statuts treten die Vorschriften der Verordnung der königlichen Regierung vom 24. Juli 1845 über das bei den Wahlen der Repräsentanten und Verwaltungs- Beamten der jüdischen Korporationen zu beobachtende Verfahren außer Kraft, so weit dieselben den statutarischen Bestimmungen widersprechen. Bei Bestellung der Zahl der Stellvertreter kann mit Rücksicht auf die Schlussbestimmung des § 41 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 in Verbindung mit den Bestimmungen der §§ 22 und 17 des Statuts (Verwandtschaft und Beschlusshfähigkeit) ebenfalls bis auf 1/3 der Vorstandsmitglieder hinabgegangen werden. Außerdem macht die k. Regierung darauf aufmerksam, daß der Korporationsvorsteher und sein Stellvertreter als solche nach Maßgabe der §§ 22 und 16 des Statuts (Verwandtschaftsgrad, Wahl des Vorsitzenden und dessen Vertretung) in Zukunft nicht mehr von der Repräsentanten-Versammlung (in deren Ermangelung von der Gemeinde) sondern vom Vorstande aus seiner Mitte gewählt werden. Es muß daher nach Bestätigung der ersten Wahl zum Vorstandsmitglied, welche nach Annahme des Statuts erfolgt, auch eine Neuwahl des Vorstehenden des Vorstandes als solcher, beziehungsweise seines Stellvertreters durch die Vorstandsmitglieder vorgenommen werden. Die k. Regierung empfiehlt den Korporationen die Annahme des im § 27 des Statuts aufgestellten, oben bereits erörterten Reparationsfusses dringend. Derselbe gilt überdies schon als Reparationsfuss für die Schulosten bei der Mehrzahl der jüdischen Elementarschulen in den Städten. Seine Annahme wird wesentlich zur Vereinfachung der Geschäfte der Korporationsbehörden, so wie zur Verringerung der Zahl der Reklamationen gereichen. Nach Ausweis des § 55 des Gesetzes vom 23. Juli 1847 darf dieser Gegenstand von der statutarischen Regelung nicht ausgeschlossen werden. Die königl. Regierung wird vorzugsweise darauf halten, daß dieser Theil der Korporationsangelegenheiten befreidigende Weise geregelt wird. Durch die Schlussbestimmung des § 28 des Statuts, nach welchem aus einer besondern Abteilung des Staats sämtliche Einnahmen und Ausgaben für das Unterrichtswesen ebenfalls erfäßlich sein müssen, werden die über das Staats- und Rechnungswesen der jüdischen Elementarschulen, welche der Abteilung der königl. Regierung für die Kirchenverwaltung und das Schulwesen unterstellt sind, erlassenen Vorschriften nicht berührt. Wenngleich die k. Landratsämter nach Annahme des Statuts, nach Maßgabe des § 31 derselben über Reklamationen der Korporationsmitglieder wegen Überlastung mit Korporationsabgaben nicht mehr zu entscheiden haben werden — da Reklamationen gegen die in der Heberolle enthaltenen Ansprüche, bei deren Anbringung die Vorschriften des Gesetzes über die Verjährungsfrist vom 18. Juni 1840, über die Verjährung öffentlicher Abgaben, zur Anwendung kommen, bei dem Vorstande anzubringen, von diesem zu begutachten und binnen 4 Wochen bei der k. Regierung zur Entscheidung vorzulegen sind — so werden doch die Eingaben der Korporationsvorstände auch in Zukunft nur durch die k. Landratsämter an die k. Regierung gelangen können.

**M. Budewitz**, 13. Juli. Bei den schönsten Landschaften der Provinz Posen gehört unstreitig wohl die Umgegend von Budewitz, und wenn die Bezeichnung „Sächsische Schweiz“ auf irgend einen Theil der Provinz Anwendung finden sollte, so wäre es der südwestlich von Budewitz gelegene Strich Landes. Wälder und Seen, Berg und Thal, wechseln in malerischer Weise unter einander ab. Namentlich liegt die Promnoer Wassermühle überaus reizend und der in unmittelbarer Nähe befindliche Wald eignet sich ganz vorzüglich zu größeren Waldfesten. Dieser Umstand hatten einige Herren aus Budewitz und der Umgegend veranlaßt, mit einem solchen einen Versuch zu machen, und so fand denn am vergangenen Sonntag ein Waldfest statt. Die Heiligung an demselben war eineziemlich bedeutende, und aus einer Entfernung von fast 4 Meilen hatten sich Damen und Herren zu demselben eingefunden. Vorzugsweise sei hier der Schrödaer Liedertafel gedacht, die eine Entfernung von 4 Meilen nicht gescheut, um mit ihren heils ernstgetragenen, theils heiteren Gesängen das Präge zur Verködnerung des Festes beizutragen. Die Herrn Sänger hatten auf der Fahrt etwas zu schwer geladen — die geehrten Leser wollen dies gefällig ganz buchstäblich aussuchen, zumal da ja von der Fahrt die Riede ist — und in Folge dessen sind ihnen an dem Wagen, der das Gros der Sänger barg, nicht weniger als 3 Räder nach und nach gebrochen; letztere waren indeß so freundlich, jedesmal in unmittelbarer Nähe eines Dorfes zu zerbrechen, so daß sie sich also leicht erneut ließen. Hoffentlich ist ihre Rückfahrt von jedem Unfall befreit gewesen. Das Waldfest selbst lief wohl namentlich für solche, die die Radener Wälder in den letzten Jahren kennen gelernt hatten, noch so manches zu wünschen übrig, indeß es war ja nur ein Versuch und die Radener Festen haben anfänglich eben so begonnen. Die Herren Mitglieder des Fest-Komitees, deren guter Wille gern anerkannt wird, wollen sich an einem feierlichen Verschluß durchaus nicht abschrecken lassen; unter Berücksichtigung der gemachten Erfahrungen werden die nächsten Feste immer mehr zur allgemeinen Befriedigung ausfallen und ihren Zweck, die deutschen Elemente des Kreises Schröda gesellig zu vereinen, nach Möglichkeit erfüllen.

**G. Ratzwitz**, 15. Juli. In Gaustenberg, zum biegsigen Distriktsamt gehörnd, züchtigte der Eigentümer S. seinen einzigen 12jährigen Sohn durch Schläge mit einem Stock am letzten Montag und Dienstag derart, daß der selbe gestern seinen Geist aufgab. Die Motive des Vaters zu dieser Züchtigung glaubt man darin finden zu können, daß sein Sohn das Vieh desselben auf dem Lande des Nachbars geweidet hatte und er Unannehmlichkeiten befürchtete. Die Sache soll bereits der Staatsanwaltschaft übergeben sein und wird die zu veranstaltende Obduktion erst ergeben, ob der Tod in Folge der Schläge eingetreten ist.

**Wissenschaft, Kunst und Literatur.**

- \* **Handbuch der Fabrikation gashaltiger Getränke** vom hygienischen, wissenschaftlichen und industriellen Standpunkte, von Hermann Bachapelle und Ch. Glover. Nach der dritten Auflage des französischen Originals ins Deutsche übertragen. Berlin. Wiegand & Hempe 1869. Bei dem außerordentlichen Aufschwung, welche in neuerer Zeit die Fabrikation der kohlensauren Getränke gewonnen hat, ist allen denjenigen, welche sich für diesen Zweig der Technologie interessieren, die Lektüre des vorliegenden Buches ange

## Staats- und Volkswirthschaft.

**Posen**, 16. Juli. Wir hatten vor einigen Tagen Gelegenheit, eine Samuelsche Getreide-Mähmaschine, welche aus der hiesigen Cegielki'schen Maschinenfabrik entnommen war, auf dem Rittergute des Hrn. Oberst v. Stern-Gwiazdowski auf Lawice in Thätigkeit zu sehen. Diese Maschine, welche sich unter allen Getreidemähmaschinen mit selbstthätiger Ablagevorrichtung eine ausgedehnte Verbreitung verhaft hat, ist von Baruch Samuelson zu Barnbury (England) erfunden und leistete bei der Berliner Mähmaschinen-Konkurrenz im Sommer des Jahres 1868 etwas Vorzügliches, indem sie den Morgen binnen 20 Minuten abmähte und ihre Leistungsfähigkeit sich bei Wechselspannung von je 2 Pferden auf 20 Pferden pro Tag herausstellte. Die Einrichtung derselben ist einer derartige, daß das breite Lauftrat mit einer inneren Verzahnung versehen ist, durch welche eine zweifache Bewegung vermittelt wird. Einerseits wird dadurch eine Kurve bewegt, an deren hinterem Ende sich die Kurbel zum Betriebe der Messer befindet, andererseits wird auch die Ablagevorrichtung dadurch in Thätigkeit gesetzt. Die dreieckigen stählernen Messer bewegen sich an einem Messerbalzen innerhalb des Schlitzen eiserner Finger mit großer Schnelligkeit hin und her (7 Fuß pro Sekunde). Bei der Fortbewegung der Maschine werden die Palme durch die eisernen, 3 Zoll von einander entfernten Finger gehobt, zusammengepreßt und durch die Messer abgeschnitten. Durch die Ablagevorrichtung, welche aus einem drehbaren Kreuze mit zwei Harken und zwei Raffkettern besteht, wird das Getreide theils gegen den Schneideapparat herangebracht, theils von der Plattform, auf welche es nach dem Abschneiden fällt, durch die Harken garnbeweise heruntergeschoben. Die eigenthümliche Bewegung der Raffketten und Harken ist durch eine Führungsrinne bedingt, welche ein abwechselndes Steigen und Herabsenken derselben bewirkt. Mittelst einer eisernen Laufrille, welche sich an der anderen Seite der Plattform, gegenüber dem Lauftrat befindet, sowie durch eine Vorrichtung an diesem letzteren kann die Schneidevorrichtung nach Bedürfnis höher oder niedriger gestellt werden. Das Gesamtgewicht der Maschine beträgt 11½ Br. — Bei den Versuchen, welche auf verschiedenen Roggenfeldern des Ritterguts Lawice mit der Samuelson'schen Mähmaschine ange stellt wurden, stellte sich heraus, daß die Leistungen derselben unter normalen Verhältnissen, d. h. auf großen Flächen, bei nicht gelagerten Frucht, in ebenen Lagen und bei trockenem Terrain, die Handarbeit in Bezug auf sauberer eisener Schnitt bedeutend übertrifft; ganz besonders dort, wo der Roggen mittelst der Drillmaschine gesät und das Getreide starkhalig war, leistete die Maschine in Wirklichkeit Vorzügliches. Es sind demnach, damit dieselbe vollkommen zur Geltung gelange, ein sehr akkurates Pflügen, gutes Eggen und Walzen, wozu möglich Ringeln der Felder erforderlich um eine möglichst ebene Feldfläche herzustellen. Tiefe Ausackerfurchen und Wasserfurchen sind möglichst zu vermeiden, da sie den gleichmäßigen Gang der Maschine hindern und ein höheres Stellen der Schneidevorrichtung, also auch höhere Stoppen bedingen, damit die Messer nicht in den Boden schneiden. Ebenso sind sorgfältig alle größeren Steine zu entfernen. Nach Angabe des Dr. Huschke über die Samuelsche Mähmaschine, enthalten in dem Wochenblatt der Annalen der Landwirthschaft, Jahrgr. 1868, S. 286, mäht sich mit derselben am besten Weizen, dann Hafer, Gerste und schließlich Roggen; die Arbeitsleistung der Maschine stellt täglich im Durchschnitt an 15, allerhöchstens auf 20 Morgen. Emil Perels spricht in seiner Monographie über die Mähmaschinen (Jena, Kostenoble 1869) seine Ansicht dahin aus, daß die durch die Getreide-Mähmaschine erzielten direkten Vorteile, d. h. die rechnungsmäßig zu ermittelnden, stets bei Weitem übertroffen werden durch indirekte Vorteile, zu welchen vor Allem zu rechnen seien die bessere und schnellere Arbeit der Mähmaschine im Vergleich zur Arbeit der Senke und die sich auf den gesammten Wirtschaftsbetrieb erstreckenden günstigen Folgen eines rechtzeitigen Einbringens der Ernte.

E. O.

\*\* Nach Art. 173 des Handelsgesetzbuches dürfen die Aktien der Kommanditgesellschaften auf Aktien oder der Aktiengesellschaften nicht auf jeden Inhaber und nicht auf einen geringeren als den gesetzlich bestimmten Betrag gesetzt werden. Wie verlautet, ist man in maßgebenden Kreisen der Ansicht, daß in Betreff der eigentlichen Aktiengesellschaften das neue Gesetz über dieselben die Tendenz verfolgen muß, daß die Ausgabe von Aktien, welche auf den Inhaber lauten, den Aktiengesellschaften nicht zu verlagen ist, obgleich dies in England geschehen. Es besteht in der That in dieser Beziehung in Preußen eine langjährige Gewöhnung und es ist nicht in Abrede zu stellen, daß Unternehmungen wirklich bedeutenden Umfangs kaum zu Stande kommen würden, wenn die Aktien regelmäßig auf Namen laufen müßten. Auch ist den Kommanditgesellschaften auf Aktien die Ausgabe von Inhaber-Aktien nicht bloss in Rücksicht darauf, daß die Staatsgenehmigung fehlen möchte, sondern zugleich aus der Rücksicht ver sagt, daß das innere Wesen der Kommanditgesellschaft in einem gewissen persönlichen Verhältniß der Kommanditisten zu dem persönlich haftenden Gesellschafter liege. Es ist denkbar, daß in den interessirten Kreisen eher auf den Wegfall der Staatsgenehmigung verzichtet würde, als daß die Zustimmung zu dem Ausschluß von Inhaber-Aktien zu erwarten wäre. — Anders stellt es sich mit der Höhe der Minimalbeträge der Aktien. Selten ist bisher in Preußen die Ausgabe von Aktien unter 100 Thlr. gestattet worden. Ausnahmen sind zu Gunsten von Gesellschaften gemeinnützigen Charakters im besonderen Sinne nachgelassen. Das französische Gesetz vom 24. Juli 1867 unterscheidet zwischen Gesellschaften, deren Grundkapital bis zu 200,000 Francs beträgt, und solchen, deren Grundkapital höher ist. Bei ersteren gestattet es Aktien von 100 Francs, bei letzteren nur von 500 Francs. Die Gesetzgebung, welche von der bisherigen Prüfung und konkreten Fällen abstieß, wird gleichzeitig dabin zu streben haben, daß einerseits die Gefahren, welche mit der Ausgabe von Aktien geringeren Nominalbetrages verbunden sind, vermieden, andererseits das Zufandekommen wirklich gemeinnütziger Aktiengesellschaften nicht unnötig erschwert und die Anlage geringerer Kapitalien nicht geradezu unmöglich gemacht werde. Dies wird geschehen, wenn bei Aktien auf Namen ein Minimalbetrag von 50 Thlr. bei Aktien auf Inhaber ein solcher von 100 Thlr. erforderl. resp. nachgelassen wird. Nur bei Versicherungsgesellschaften, welche der Regel nach auf Namen lautende Aktien ausgeben, die Beträge aber nicht voll eingahlen, sondern den größten Theil derselben vorläufig nur durch Wechsel decken lassen, dürfte der Minimalbetrag von 100 Thlr. durchweg festgehalten werden müssen.

\*\* Nach der vom Central-Bureau des deutschen Zollvereins fürlich aufgestellten Vergleichung der Zoll-Einnahmen des 1. Quartals d. J. mit denjenigen des Vorjahrs hat sich im laufenden Jahre, dessen Gesamtertrag an Ein- und Ausgangszöllen 5,442,684 Thlr. betrug, eine Mindesteinnahme von 632,772 Thlr. oder 10,4 pCt. herausgestellt. Den bedeutendsten Ausfall zeigen die preußischen Zollstellen, deren Einnahmen gegen das Vorjahr um 656,696 Thlr. zurückgegangen sind.

**Nürnberg**, 13. Juli. [Hopfen.] Über den Witterungseinfluß auf die Hopfensorten kommen ungünstige Nachrichten aus den Produktions-gegenden und in der That lassen die meisten Hopfenanlagen viel zu wünschen übrig. Alle Arten von Hopfenkrankheiten mit der Vermehrung des Ungeziefers im Gefolge bedrohen in den meisten Gegenden die Pflanzungen und die Hoffnung, daß das Gewächs bei einem günstigen Witterungswechsel sich wiederholen kann, beginnt in einigen Landgemeinden bereits zu schwanden. Dennoch ist es gewagt, auf das Geschäft der bevorstehenden Saison einen Schluss zu ziehen, bevor über das Resultat der Exoten Englands und Amerikas genauere Nachrichten eingegangen sind. Unter Einfluß solcher geringer Ernteaussichten haben die Preise der 1868er und 67er Vorräthe überall einen kleinen Aufschlag erfahren, obgleich sich das Geschäft nur auf den nothwendigsten Bedarf beschränkt. Es wurden gestern für Brauerei und Kämmerei einige Ballen zu 40—42 fl., gute Mittelwaare zu 27—30 fl. und vereinzelte Ballen zu 33, 35 und 37 fl. geringere zu 25—26 fl. übernommen. 1867 für Speculation geeigneter, sind gesucht und wurden seit unserem Sonnabendsberichte von 12 bis zu 15 fl. ausnahmsweise gute Sorten bis zu 16 fl. bezahlt. — Am heutigen Marte fanden mehrere Abschlüsse in 1867er Waare zu 15 fl. statt; einige Ballen 1868er Würtemberger erzielten 27 fl. während geringe Waare zu 26 und 27 fl. bezahlt wurde. Die Stimmung ist sehr fest. (B. H. 3.)

**London**, 12. Juli. [Hopfen.] Das schöne Wetter hat die Hopfenranken im Wachsthum allerdings sehr gefördert, das Ungeziefer dagegen ist außerordentlich stark im Zunehmen und dazu kommt, daß der Honigbau, der bis vor Kurzem auf wenige Plantagen beschränkt war, jetzt eine weit größere Ausdehnung gefunden hat. Notrungen: Mittel- und Ost-Kent 50—130 s., Wald von Kent 45—80 s., Sussex 40—75 s., Barnham 70—120 s. Landhopfen 70—90 s., bayerischen 40—70 s., belgischen 40—60 s., amerikanischen 45—70 s. p. Cwt. (B. H. 3.)

\*\* Die Kleemüdigkeit des Bodens ist in diesem Jahre wieder trock des milde verlaufenen Winters und des feuchten Frühjahrs eine allge-

meine Klage der Landwirthe. Der Umstand, daß die Kleepflänzchen allmälig absterben und daß die Wurzeln der abgestorbenen Pflänzchen mit Maden erfüllt sind, veranlaßt viele Landwirthe zu dem Glauben, daß gerade diese Maden die Ursache des Absterbens der Kleepflänzchen seien, während größere Wahrscheinlichkeit dafür spricht, daß das Zurückgehen und Absterben der Pflänzchen die Ursache des Auftretens der Maden ist. Alle Beobachtungen, die man über die Erscheinung der sogenannten Kleemüdigkeit in Folge gesammelt hat, stimmen darin überein, daß die Pflänzchen in Folge Mangels an Nahrung nicht vorankommen und schließlich absterben. Wenn sich auch Stimmen für die Ansicht erheben haben, daß der Klee wie andere Pflanzen seine Hauptnahrung aus der Ackerkrume entnehme, so spricht doch die überaus starke Bewurzelung des Klee im Untergrunde dafür, daß gerade dieser der hauptsächlichste Faktor der Mineralstoffe des Klee ist. Noch mehr bestätigt wird diese Ansicht durch die Beobachtung, daß auch diejenigen Felder, die vor etwa 10—12 Jahren zum letzten Mal Klee getragen haben, während neben anliegende Felder von gleicher Bodenbeschaffenheit und auch von guter Dungkraft, die aber vor 6 Jahren den letzten Kleebrauch erlitten, ungemein dürrig mit Klee bestanden sind; ebenso zeigen die Felder, die überhaupt noch selten mit Klee angebaut waren, einen trefflichen Kleewuchs, während die sogenannten gequalten Felder, trotz reicher Düngezufuhr doch einen mangelhaften Kleestand zeigen. Trotz der sorgfältigsten Ackerbestellung bleibt der Untergrund immer von dem Zufluß der atmosphärischen Luft abgeschlossen und es vermögen die Kohlenäsure und der Sauerstoff der Luft nur sehr langsam umfangend auf die unlöslichen oder doch schwer löslichen Mineralstoffe des Untergrundes zu wirken. Kommt man aber der Wirkung der Luft zu Hilfe, so vermag die Erde innerhalb welcher Klee auf Klee folgen darf, immerhin abgeführt zu werden. Zwar sind wir der Ansicht, der Landwirh müsse durch Einschaltung von anderweitigen Feldfutterstoffen die Felder in der Art mit Klee zu schönen suchen, daß derselbe höchstens alle 8—10 Jahre einmal wiederkehrt; aber selbst in solchen Fällen kann es nur aufs Angelegenste empfohlen werden, diejenigen Felder, die Klee tragen sollen, immer im Herbst vor der Ernte mit dem Untergrundpflege zu behandeln und überdies den gelockerten Untergrund mit Hilfe von Kalk, Superphosphat und Knochenmehl zu düngen. Wir haben dieses Verfahren oft schon empfohlen, allein wir leben leider in einer Zeit, in welcher es den meisten Landwirthen lange wird, wenn sie nur vom Untergrundpflege reden hören; doch gibt es immer Einzelne, die das erprobte neue mit Eifer ergreifen, vor den Schwierigkeiten nicht zurücktreten und mit Ausdauer dieselben überwinden.

## Bermischtes.

\* **Berlin**, 14. Juli. Der Vorstand des hiesigen "demokratischen Arbeitervereins" hat sich auch für den (Bebel-Liebknecht'schen) Arbeiter-Kongress in Eisenach ausgesprochen. Seine an alle sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands gerichtete Ansprache befiehlt sowohl den Dr. Schweizer als die Fortschrittspartei auf das Festigte und schließt mit folgenden vier "Prestats" und zwei "Vivats": "Proletarier aller Länder und Berufsarten vereinigt Euch!" kämpft mit uns unter dem Banner, worauf geschrieben steht: "Nieder mit dem imperial-socialistischen Demagogentum! Nieder mit den bewußten oder unbewußten Werkzeugen des Caesarismus! Nieder mit jeder persönlichen Führerschaft! Nieder mit Herrn v. Schweizer! Hoch die ehliche Sozialdemokratie! Hoch die internationale Arbeiter-Association!"

\* **Berlin**. Die "Staatsbürger-Zeitung" schreibt: Die Art, in welcher am Freitag der verwirchten Woche ein Offizier der hiesigen Garnison auf offener Straße mit den Gesetzen des Anstandes und der einfachsten Rücksichtnahme auf die Gesetze des Publitzums in Konflikt geriet, ist eine so drastische, daß gewiß auch die Kameraden jenes Herrn die Indignation darüber heilen werden, welche sich der bürgerlichen Beobachter des Vorfalls bemächtigte und welche bereits zur Denunziation des Offiziers beim Militärgericht geführt hat. Zwischen den Häusern der Skalitzerstraße 21 und 26 befindet sich ein freier, durch keinen Baum und keine Bedachung den Blicken der Nachbarn und der Vorübergehenden entzogener Platz, auf welchem die Mannschaften des brandenburgischen 3. Train-Bataillons ihre Reitübungen zu halten pflegen. Um gedachten Tage nun wollte es einem der Soldaten nicht gelingen, seien Sie auf seinem Pferde zu gewinnen. Der kommandierende Offizier, Rittmeister v. Eickstedt, fragte ihn schließlich nach der Ursache seiner Un Sicherheit, und als er hörte, der Mann habe sich wund geritten, ließ er ihn absteigen und herantreten. Dann, unbekümmert um die zahlreichen, zum Theil dem weiblichen Geschlecht angehörigen Beobachter aus der Straße und in den Fenstern der Nachbarsäule, befahl Dr. v. Eickstedt dem Manne, die Beinkleider abzuknöpfen, ihm seine Rehseite zuzuwenden und befußt genauer Untersuchung der Wahrheit seiner Behauptung vor Aler Augen denjenigen Theil seines Körpers zu präsentieren, welcher vom Reiten wund geworden sein sollte. Freilich ärgerte der Soldat anfänglich, diesem Befehle nachzuhören; allein die Wiederholung derselben aus dem Munde des Offiziers zwang ihn, sich vor den Augen des Publitzums auf offener Straße in einer jedes Anstandesgefühl verlegenden Stellung der Okular-Inspektion seines Rittmeisters auszusetzen. Der Entrüstung des Publitzums hierüber wird hoffentlich durch eine angemessene Bestrafung des Offiziers Rechnung getragen werden.

\* **Berlin**. Die General-Staats-Kasse, in welcher sämtliche Einnahmen des Fiskus zusammenstehen und die infosfern denn auch, wie dies schon die Verordnungen vom 27. Oktober 1810 und 3. November 1817 ausdrücklich bestimmen, unmittelbar zum Konsortium des Finanzministeriums gehört, hat die Lokalitäten bisher im Parterre-Geschosse des Königlichen Schlosses hierelbst. Es ist nunmehr aber die Verlegung derselben nach dem Gebäude des Finanzministeriums selber eine definitiv beschlossene Sache, und es soll zur Aufnahme derselben ein Theil jenes Neubaus dienen, der eben jetzt in dem zum Finanz-Ministerium gehörigen Garten ausgeführt wird und der noch in diesem Jahre vollendet werden soll.

\* **Folgender Unfall** hat die Prinzessin Friedrich Karl bei ihrer Ankunft in Berchtesgaden der "Presse" zufolge betroffen: Der kgl. bayrische Kämmerer und Ober-Zeremoniemeister Graf Poccii hatte im Namen des bayrischen Königs die Prinzessin im kgl. Residenzschloß zu Berchtesgaden zu empfangen und nach den ihr zugewiesenen Appartements zu geleiten. Nachdem nun mehrere Gemächer besichtigt waren, kam man auch in das Bade-Kabinett und bemerkte bei der inzwischen eingetretenen Dunkelheit nicht die abwärts führenden Stufen. In Folge dessen fielen Graf Poccii und ihm gleich nach die Prinzessin von Preußen die Treppe hinab, und nur einem glücklichen Zufall ist es zu danken, daß ersterer mit einer nicht bedeutenden Fußverletzung, die Prinzessin hingegen mit einer Verstauchung der Hand davongekommen sind. Graf Poccii ist Tags darauf, am 11. d. v. Berchtesgaden nach München abgereist.

\* **Neutsch**. Glaubwürdige Berichten zufolge und nach Aussagen von Augenzeugen hat bei uns, schreibt die "Nog. 3.", ein Duell sonderbarster Art stattgefunden. Aus irgend einer Ursache kam es zwischen dem Maurermeister Sz. und dem Gastwirt U. zu Streitigkeiten, welche in einer regelrecht angebrachten Forderung endeten. Man wähle auf beiden Seiten Sekundanten und zwar den Barbier St. und den Scheerenschleifer X. und ging nach dem Diebauer Wege, wo das Duell stattfinden sollte. Man wähle Schußwaffen (Sinten) und nachdem die Sekundanten nochmals Alles ver sucht hatten, ohne Blutvergießen die fatale Geschicklichkeit zu erledigen, die Duellanten aber eine gütliche Ausgleichung von sich wiesen, stellte man sich in Position, 5 Schritt Distanz, zielte und leider sollte der Spaz tragischer enden, als man vielleicht vermutete, der Eine bekam den Schuß in den linken Arm und wird seinen Muth wahrscheinlich durch Verlust des Armes büßen müssen.

\* **Köln**, 13. Juli. Heute Nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr erschoss sich ein anscheinend dem Arbeiterstande angehöriger Mann in dem Dom, gerade vor dem Hochaltar. Nachdem die Leiche weggeschafft worden war, wurde die Kirche sofort geschlossen; dieselbe wird nunmehr, bevor wieder Gottesdienst in derselben abgehalten werden kann, neuerdings eingeweitet werden müssen. — Weiter wird über diesen Vorfall unterm 14. Juli folgendes berichtet: Die persönlichen Verhältnisse des Mannes, der gestern Nachmittag im Dome sein Leben mittels eines Karabinerschusses freiwillig endete, sind noch nicht ermittelt und festgestellt. Papiere, die hierüber hätten Aufschluß geben können, wurden nicht bei ihm gefunden. Er trug ein kleines Buchchen mit Bündbüchlein bei sich und ein Portemonnaie, das, wie wir hören, 7—8 Thlr. enthielt. Den Kleidungsstücken zufolge, die übrig geblieben waren und wo zu u. a. neue Stiefeln gehörten, war der Mann dem Arbeiterstande angehörig. Eine Unterbrechung des Gottesdienstes im Dome hat der bedauerliche Vorgang nicht zur Folge, denn die nach den Vorschriften der Kirche nötig gewordene Wiedereinweihung des Domes ist bereits heute früh um 4 Uhr durch den hochwürdigsten Herrn Weihbischof Dr. Baudit vollzogen worden.

\* **Koblenz**, 11. Juli. Die Igelsche Affaire erhält die Gemüther noch immer in Aufregung, und zwar mit Recht. Die "Rh. Ztg." kann konstatiren, daß der Familie Igel unmittelbar nach der That der Besuch ihres Verwandten im Lazaretto gestattet wurde, sowie daß die Begräbnis des Getöteten — wenigstens bis vor einigen Tagen — noch nicht zu einem Beugnis betreffs des Körperzustandes und Charakters desselben aufgefördert worden sind. Bei einem solchen, mit der Stivilgerichtsbarkeit so stark kontrastirenden Verfahren erwacht namentlich der Ausschluß der Öffentlichkeit in dem an ein öffentliches Gerichtsverfahren gewohnten Rheinländer ein leider allzuweiter gerechtfertigtes Misstrauen, so daß man hier, besonders in Hinblick auf so manche Präzedenzfälle, selbst das scheinbar Unglaubliche auch in gebildeten Kreisen als eine Thatstheorie anzunehmen nicht ansteht. So wird erzählt — und man zweifelt nicht daran — daß der nach dem Mord herbeigerufenen Bivalanz die Kopfwunde des Adjutanten Igel für sehr unerheblich erklärt, während der Militärarzt aus der Gefährlichkeit der Verlegung sogar eine Gehirnerschütterung hervorgeleitet habe, in Folge deren der Mord in einer Art Selbststörung vollbracht worden sei. Man erzählt ferner, daß Igel, von dem angenommen werde, er habe im Halle der Notwehr gehandelt, sich aufs freie Fuß zu setzen, und zwar in Trier befnde. Der Staatsprofessor soll sich ebenfalls, wie man erzählt, einer milden Auflassung der Sache zuneigen, wodurch man es erklären findet, daß der Bruder des Thäters, welcher während des Streites die Thüre zu dem Zimmer des Getöteten bewacht hatte, von der Gerichtsbehörde ganz unbefleckt bleibt. Die Annahme einer Notwehr entbehrt jeder Stütze, da Igel in die Wohnung seines Opfers eindrang und der Getötete ein schwächer, hilfloser Mensch war, der Erfreie auch nicht leugnet, die Thüre des Zimmers verschlossen zu haben. Es dunkt uns, daß es im Interesse der Militärgerichtsbarkeit selbst liegt, zeitig dem Argwohn des Publitzums, als ob von ihr nicht nach der ganzen Strenge des Gesetzes gehandelt worden sei, sondern vielmehr noch gegenwärtig eine Vertuschung der Angelegenheit angestrebt würde, durch eine umfassende Darlegung des Sachverhaltes zu steuern.

\* **Der Selbstmord**, den zwei Offiziere in Danzig gleichzeitig ausführten, reip verloren, ist von uns f. B. erwähnt worden. Er findet in der "Post" jetzt folgende Erklärung. Fr. Lina R., eine nicht unschöne junge Schauspielerin von sehr guter Natur, war seit Kurzem am Sommertheater in Danzig engagiert, machte derselbe die Bekanntschaft mehrerer jungen Offiziere, welche sich bemühten, den luxuriösen Anstrengungen der jungen Dame zu willfährigen. In diesem Eifer ging einer der galanten Herren, welcher eben nicht mit Glücksgütern allzu reichlich versehen war, so weit, nicht nur sich, sondern auch seinen Freund, welcher ihm bereitwillig bei Kontrahierung von Wechselschulden als Bürge zur Seite gestanden, in wenigen Wochen zu ruinieren. Er zog den Tod seiner befreundeten Rassir vor, und brachte seinen Unglücklichen Bürigen dadurch so in die Enge, daß auch dieser seinem Leben durch einen Pistolenstich ein Ende zu machen suchte, sich hierbei aber nur schwer verwundete. Ein Kamerad des Ersteren, welcher die Leidenschaft derselben zu Fr. R. kannte und sich zufällig in der Nähe der Drosche befand, in welcher sich der Unglückliche den tödtbringenden Schuß beibrachte, fuhr mit der Leiche vor das Haus der Schauspielerin, wo sich eben wieder einige ihrer militärischen Verehrer in sehr heiterer Stimmung befanden. Der Eindruck war eins fürchterlicher! Fr. R. fiel in Krämpfe und nahm sich den verschuldeten Tod des jungen Offiziers wie das Unglück seines Freundes so zu Herzen, daß sie bald nach ihrer gezwungenen Abreise von Danzig in Berlin ihrem Leben ein Ende mache.

\* Die "Koburger Ztg." meldet: "Bekanntlich hat sich der König Ferdinand von Portugal, Herzog zu Sachsen (Gemahl der verstorbenen Königin Maria da Gloria und Vater des regierenden Königs), kürzlich morganatisch zum zweiten Mal vermählt. Die Trauung fand am 10. Juni auf dem Lande, in der Hauptkapelle der Infantin Isabella, statt. Seine gegenwärtige Gemahlin ist eine Gräfin v. Edla. Daß dieselbe, wie einige Zeitungen meldeten, früher Längerin gewesen, ist eine müßige Erfindung." (Sie sollte ein Berliner Kind und ihr Vater ein noch lebender Schneidermeister sein; andere Nachrichten bezeichnen sie als eine portugiesische Gartner-tochter.)

\* **München**, 10. Juli. Die "N. N." schreibt: Heute fand vor dem königl. Stadtgerichte München I. J. die erste Biviltrauung statt. Nachdem die Identität der Brautleute feststand, legte Herr Stadtrichter Rastner denselben in herzlich ergreifender Rede die Pflichten der Ehe ans Herz. Hierauf wurde die Trauung mit Hinweglassung des kirchlichen Seremoniells kraft des

einer Kanzel gemietet, um dort ein Plakat zur Anpreisung eines Brustfängers nach einem neuen System anzubieben. — In Chicago hat der Mu-nizipalrat das Anerbieten eines Spekulanten genehmigt, gegen Zahlung einer starken Summe seine Anzeigen auf den Rücken der Polizisten befestigen zu dürfen.

\* Die **neuste Yankee-Erfindung** macht die Pacific-Eisenbahn überflüssig, denn wenn wir dem Berichte eines amerikanischen Blattes trauen dürfen, sind wir endlich wirklich im Zeitalter der Luftschiffahrt angelangt. Ein Geist in San Francisco hat nämlich eine Maschine erfunden, welche sich nach jeder beliebigen Richtung in der Luft fortbewegt und die Reise zwischen dort und New York (wozu auf der Pacific-Bahn 16 Tage notwendig sind) in 24 Stunden zurücklegen soll. Das wäre doch etwas gar schnell, und trotz einem ganz ungeheuerlichen Respekt vor dem kalifornischen Geiste kann einem doch am Ende Niemand verargen, wenn man sich ein wenig bedenkt, ehe man sich anschickt, an die neue Erfindung zu glauben.

### Briefkasten.

Hrn. D. R. in Birnbaum. Dr. W. ist auf längere Zeit verreist; ihr Schreiben ist ihm nachgesandt.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

### Angelommene Fremde

vom 16. Juli.

**OEHMIGS HOTEL DE FRANCE.** Die Rittergutsbesitzer v. Treskow aus Dwinsk, Schönberg aus Lang-Goslin, v. Treskow aus Chludowo und Frau v. Chlapowska aus Karczewo.

**HERWIG'S HOTEL DE ROME.** Die Rittergutsbesitzer Graf Tyszkiewicz und Frau aus Polen, v. Stablonki aus Dlonie, Bock aus Hamburg und Jeklen aus Glensburg, App.-Gen.-Rath Schreiner und Frau aus Goslin, die Kaufleute Roth aus Leipzig, Kreiger aus Berlin, Heilbronn aus Chemnitz, Geissler aus Stuttgart, Schlichting aus Altona und Ullrich aus Halle a. S.

**STERN'S HOTEL DE L'EUROPE.** Generalbevollmächtigter v. Haga-Radlitz aus Lewitz, Frau Rittergutsbesitzer v. Pangowska und Tochter aus Kurnatowice, Rentiere Frau. Blocka aus Lemberg, v. Kożuchski aus Jarocin, Grafin Skorzenowska und Diener aus Gernitze, Budzinska und Morowska aus Schlocki, Graf Dobroński aus Kolaczkow, Wirtschaftskommissarius v. Glemboczy aus Psarskie, v. Pangowska aus Thorn, Lieutenant Brendel aus Schrimm.

**HOTEL DE BERLIN.** Die Kaufleute v. Wierzbicki und Familie aus Gnesen, Friedmann aus Trzemeszno und Meyer aus Riedt, Amtmann

Krause aus Stenszwo, die Gutsbesitzer Frau v. Borkowska aus Weizhof und Ramchüssel aus Berlin.

**MYLIUS HOTEL DE DRESDEN.** Die Rittergutsbesitzer Bayer aus Golozewo, v. Taczanowski aus Taczanovo, v. Treskow aus Radziewo, v. Treskow aus Wierczonka, v. Treskow aus Biedrusko, Matthes aus Janowicz, Schindowski aus Niepruzewo, Gutsbesitzer Kandler aus Barzin, Untrath Palm aus Otwock, Oberamtmann Hecker aus Althöfchen, Zweig aus Kalisch, die Kaufleute Abraham aus Berlin, Becker aus Stettin, Gehrhardt aus Schwelm, Neumann aus Breslau, Behrendt aus Berlin, Klippgen aus Dresden.

**TILSNER'S HOTEL GARNI.** Die Kaufleute Somme aus Breslau, Gaertner aus Neustadt-Gerswalde, Duday aus Sieradz, Schuster aus Dresden, Weise aus Sprottau, Versicherungsinspektor Ronnenberg aus Bromberg, Pfarrer Poprawski aus Misagowo.

**SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG.** Die Kaufleute Friedmann aus Rawica, Saulsohn und Schweiter und Frau Samter aus Kul, Orgelbauer Kaminski aus Opalenica.

**HOTEL DE PARIS.** Propst Badurski aus Monczynki, Dumoradzki aus Radziejewo.

**HOTEL DU NORD.** Propst X. Kuklinski aus Gluchowo, die Rittergutsbesitzer v. Budziszewski und Sohn aus Czachowowo und v. Wiese aus Milorzewo.

schwächsten Kindern mit gleich gutem Erfolg angewandt, gibt Kraft, Schlaf und guten Appetit, fördert die Verdauung und macht geistig und körperlich gesund und frisch.

Dieses kostbare Nahrungshilmittel wird in Blechbüchsen mit Gebrauchs-Anweisung von  $\frac{1}{2}$  Pf. 18 Sgr., 1 Pf. 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pf. 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pf. 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pf. 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pf. 18 Thlr. verkauft. — Revalescière Chocolatee in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry du Barry & Co in Berlin, 178. Friedrichstr.; in Wien Freiung 6; in Frankfurt a. M. 10. Roßmarkt; in Hamburg 41. Katharinenstraße; in Breslau bei S. G. Schwarz, Eduard Groß, Gustav Scholz; in Königsberg i. P. A. Kraatz, Bazar zur Rose; in Danzig, Albert Neumann; in Bromberg, S. Hirschberg, in Firma Julius Schottländer und in allen Städten bei Droguen-, Delikatessen- und Spezereihändlern.

### Grabdenkmäler

in Granit, Marmor und Sandstein in grösster Auswahl.

### Grabgitter, Grabkreuze

aus den renommiertesten schlesischen Eisengießereien, von bestem Material und tadellosem Guß, in über hundert verschiedenen Mustern und in den verschiedensten Größen.

### Guß zu Bauten,

als gußeiserne Fenster in hunderten von Mustern, Treppen, Balkongitter, Balkonträger, Consolen, Luftgitter, sowie alle in dieses Fach einschlagenden Arbeiten. Auch übernehme bei Gittern die komplette Aufstellung einschließlich Maurer- und Steinmetzarbeiten.

Muster, Zeichnungen sowie Preiscurant stehen jederzeit zu Diensten.

Posen, Friedrichstr. 33.

### H. Klug.

### Nicht zu übersehen.

Wegen bevorstehender Verlegung meines Geschäfts-Lokals nach Markt Nr. 87 habe ich einen großen Theil meines Waarenlagers, um damit gänzlich zu räumen, zu bedeutend herabgesetzten Preisen zum Verkauf gestellt.

### Falk Karpen,

Wronkerstraße.

### Cigarren

### aus der Havanna.



der renommirtesten Marken letzter Ernte, als Ramillete, Ernst Merck, Cabanas y Cabajal, Villar y Villar etc.

versendet auch in Proben zum Originalpreise auf Grund seines franko zu beziehenden Preis-Courantes nach allen Gegenden.

### Max Engelhardt, Importeur, Berlin, Jerusalemerstr. 22, I. Etage.

### Zur Saat

mit Hindern., Citronen., und Ananasschmalz, empfehlen als vorzügliche Erquickung bei heiter Temperatur, besonders gut auf Reisen.

Frenzel & Comp., Breslauerstraße 38.

Niederlage: Wilhelmplatz 6.

Höchst wichtig in Lungen-, Brust-, Husten- und Hämorrhoidal-Leiden.

Müllers Brust-Morrellen, königl. höfz. attempet, empfiehlt à Karton 3 und 5 Sgr., das Haupt-Depot von

A. Wuttke in Posen, Wasserstraße 8/9.

Frische, große, saftreiche Ananas empfingen

W. F. Meyer & Co., Wilhelmplatz 2.

Weth!

Bittauer Gesundheits-Weth, wie echten Traubens-Wein empfiehlt billigst die Ungar. Weinhandlung Meyer Hamburger Judenstr. 27.

### Eier.

Lieferanten in diesem Artikel wollen ihre Offerten gef. absenden an

H. Zache,

vorm. Schmädelcke,

Berlin, Leipzigerstraße 26.

Mittelstraße 27/28, am Markt, ist ein Baden und eine schöne Wohnung billig zu vermieten.

Friedrichsstraße 32b. ist ein Baden mit einer angrenzenden kleinen Stube, sich auch zu einem Comptoir eignend, vom 1. Oktober ab billig zu vermieten.

Ein möbliertes Zimmer in oder in der Nähe der Großen Gerberstraße wird zu mieten geben. Näheres bei Hrn. Moritz Victor, Gr. Gerberstraße 38.

Wasserstraße 8/9 eine Kellerwohnung zu allerletzt Geschäft zu vermieten.

### Subhastations-Patent.

Das dem Bäckermeister Maximilian Steffewski und dessen Gießerei Theophila Manicka gehörige, in der Stadt Posen und deren Vorstadt Schroda unter Nr. 40 (Schroda-Markt Nr. 11) belegene, zur Grundstufe nicht veranlagte Grundstück mit einem Flächeninhalt von 0,45 Morgen und einem Gebäude-Nutzungswert von 132 Thlr. soll im Bege der notwendigen Subhastation am 16. September 1869,

Nachmittags 4 Uhr, an hiesiger Gerichtsstelle im Sitzungssaale versteigert und das Urtheil über die Ertheilung des Zuschlages soll im Termine

am 18. September 1869,

Mittags 12 Uhr,

im Sitzungssaale verkündet werden.

Auszug aus der Steuerrolle, Hypothekenschein, etwaige Abschätzungen und andere das Grundstück betreffende Nachweise, deren Einreichung jedem Subhastations-Interessenten gestattet ist, in gleichen etwa zu beschließende besondere Kaufbedingungen können in unserem Bureau VIII. eingesehen werden.

All Diejenigen, welche Eigenthums- oder

anderweite, zur Wirksamkeit gegen Dritte der Eintragung in das Hypothekbuch bedürfende, aber nicht eingetragene Rechte geltend zu machen haben, werden aufgefordert, dieselben zur Vermeidung der Prälusion spätestens im Versteigerungstermin anzumelden.

Die Besichtigung der Domäne ist allen Bewerbern gestattet, und der Fächter beauftragt die verlangte Auskunft zu geben.

Posen, den 7. Juni 1869.

Königliche Regierung.

Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Breuning.

Bekanntmachung.

Am Verdinwoer Damme hier selbst kann nicht oberhalb des Verwinnten Speichers an der Dammabschung Schutzen abgeladen werden. Die Stelle ist durch eine Tafel bezeichnet.

Posen, den 8. Juli 1869.

Der Wasser-Bau-Inspektor

Schuster.

Handels-Register.

In unser Firmenregister ist unter Nr. 1107 die Firma Julius Buckow zu Posen und als deren Inhaber der Kaufmann Julius Buckow dagegen aufgezogene Verfügung vom heutigen Tage eingetragen.

Posen, den 12. Juli 1869.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht.

Gniezen, den 6. Februar 1869.

Das dem Rittergutsbesitzer Thadaeus von Westerki gehörige adlige Gut Modlisewko, abgeschäft auf 93,737 Thlr. 29 Sgr. p. f. zufolge der, nebst Hypothekenschein und Bedingungen, in der Registratur einzuhedenden Tage, soll

am 10. September d. J.,

Vormittags 11 $\frac{1}{2}$  Uhr,

an ordentlichen Gerichtsstellen subhastiert werden. Die den Aufenthalts nach unbefestigten Real-Gläubiger resp. deren Rechtsnachfolger:

1) Graf Titus v. Dzialynski,

2) Graf Johann Cantius von Dzialynski,

3) Gräfin Elisabeth Marie Justine Sophie v. Dzialynski,

4) Graf Bernhard v. Potocki,

werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypotheken-Buche nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen, haben ihren Anspruch bei dem Subhastations-Gericht anzumelden.

### Lampe's

Kräuter-Heilanstalt  
in Goslar a. Harz  
unter Direktion des Bergmedicus Dr. Müller  
dasselbst.

Saison: Vom April bis zum Spätherbst.

Die Kräuterkur bewährt sich bei Leberleiden, Hämorrhoiden und damit zusammenhängenden Verschämungen des Nervensystems, bei Stropheln, chronischen Hautausschlägen, Tuberkeln, Sicht ic.

### Notiz für Damen!

Ein Arzt, Recouleur, hat seine einfame und gefund gelegene Befestigung, 1½ Stunde von Hannover entfernt, angenommen und bequem eingereicht, um Damen, die ihrer Entbindung entgegensehen, aufzunehmen. Aufmerksame Pflege unter Aufsicht einer erfahrenen Mutter und Hausfrau. Discretion selbstverständlich. Dr. unter P. P. Nr. 50. poste restante Hannover.

Nicht zu übersehen.

eingetragene Genossenschaft.

Montag den 19. Juli c., Abends 8 Uhr, im Lamberti'schen Saale (Denum):

I. Außerordentliche General-Versammlung.

Lageordnung:

Beschlußfassung über Einführung des neuen Statuts auf Grund des Genossenschaftsgesetzes vom 4. Juli 1868.

II. Ordentliche General-Versammlung.

Lageordnung:

1) Verwaltungs- und Kassenbericht pro 1. Semester c.

2) Wahl dreier Ersatzmänner für den Ausschuss.

Der Ausschuss des Vorschuss-Vereins zu Posen, eingetragene Genossenschaft.

Martin, Vorsitzender.

Mein seit dem 1. Juni d. J. hier eröffnetes Nähatelier für weiße Wäsche

jeder Art erlaube ich mir hiermit einem geehrten Publikum bestens zu empfehlen.

Im Besitze einer guten Nähmaschine und tüchtiger Arbeitskräfte, bin ich im Stande, eine ebenso saubere, als elegante und moderne Arbeit in diesem Genre bei größter Pünktlichkeit zu liefern.

Polaiewo, Kreis Obrnik, 13. Juli 1869.

Mertinke, Post-Expediteur und Gastschöpfer.

&lt;p



12 Br., Sept.-Okt. 11 Br., Okt.-Novbr. 12 Br., Nov.-Dezbr. 12½ Br., April-Mai 12½ br., Januar bis Mai inll. 12½ br.

Rapskuchen ohne Angebot, 68—70 Sgr. pr. Cr.

Leinluchen 87—90 Sgr. pr. Cr.

Spiritus geschäftslos, lolo 16½ Gd., 16½ Br., pr. Juli, Juli-August u. August-Sept. 16½ Gd., Sept.-Okt. 16 Gd.

Sink fest.

#### Die Börsen-Kommission.

(Bresl. Hdls.-Bl.)

Bromberg, 15. Juli. Wind: West. Witterung: Morgens Regen, 10° Wärme. Mittags bewölkt bei 14° Wärme.

Weizen, bunt. 128—130 pf. holl. (83 Pf. 24 Br. bis 85 Pf. 4 Lth. Bollgew.) 71—72 Lth. pr. 2125 Pf. Bollgew., heller 131—134 pf. holl. (85 Pf. 23 Lth. bis 87 Pf. 22 Lth. Bollgewicht) 73—75 Lth. pr. 2125 Pf. Bollgewicht.

Roggen, 54—55 Lth. pr. 2000 Pf. Bollgewicht.

Serfe, kleine 40—42 Lth. pr. 1875 Pf.

Große Serfe 42—44 Lth. pr. 1875 Pf. Bollgewicht.

Kocherbsen 51—53 Lth. pr. 2250 Pf. 8. G.

Guttererbsen 48—50 Lth.

Hafser 31—32 Lth. pr. 1250 Pf. Bollgewicht.

Rüben 84—86 Lth. pr. 1875 Pf. Bollg., vollst. trocken 87—88 Lth.

Spiritus ohne Handel. (Bromb. Blg.)

#### Telegraphische Börsenberichte.

Nöln, 15. Juli, Nachmittags 1 Uhr. Wetter trübe. Weizen höher, hiesiger lolo 7 a 7, 5, fremder lolo 6, 10, pr. Juli 6, 8, pr. November 6, 15. Roggen höher, lolo 5, 25, pr. Juli 5, 15, pr. November 5, 14. Rüböl unverändert, lolo 13, pr. Oktober 13, pr. Mai 1870 13. Leinlolo 12. Spiritus lolo 21.

Breslau, 15. Juli, Nachmittags. Animirt.

Spiritus 8000 % Cr. 16½. Roggen pr. Juli 52, pr. Juli-August 51, pr. Herbst 50. Rüböl pr. Juli-August 12½, pr. Herbst 11½. Rapsfest. Sink fest.

Bremen, 15. Juli. Petroleum, Standard white, lolo 6, pr. Herbst 6. Blau in Folge starker Waarenankünfte.

Hamburg, 15. Juli, Nachmittags.

Getreidemarkt. Weizen und Roggen lolo stille. Weizen auf Terme flauer, Roggen behauptet. Weizen pr. Juli 5400 Pfund netto 118½ Bankothaler Br., 117½ Gd., pr. August-September 119 Br., 118 Gd., pr. September-Oktober 120 Br., 119 Gd. Roggen pr. Juli 5000 Pfund Brutto 102 Br., 100 Gd., pr. August-September 92 Br., 91 Gd., pr. September-Oktober 90 Br., 89 Gd. Hafer ruhig. Rüböl unverändert, lolo 25, pr. Oktober 25. Spiritus sehr stille, pr. Juli-August 23, pr. August-September 23. Kaffee ruhig. Sink fest. Petroleum flau, lolo 14, pr. Juli 13, pr. August-Dezember 14. — Trübes Better.

Liverpool (via Haag), 15. Juli, Mittags. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 10,000 Ballen Umsatz. Ruhig.

Middling Orleans 12½, middling Amerikanische 12½, fair Dholera 10½, middling fair Dholera 10, good middling Dholera 9½, fair Bengal 8½,

#### Fonds- u. Aktienbörs.

Berlin, den 15. Juli 1869.

##### Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe 4½ 97 G

Staats-Anl. v. 1859 5 101½ G

do. 1854, 5½, A. 4½ 93½ G

do. 1857 4½ 93½ G

do. 1859 4½ 93½ G

do. 1866 4½ 93½ G

do. 1864 4½ 93½ G

do. 1867 A.B.D.O. 4½ 93½ G

do. 1860, 52 conv. 4 85½ G

do. 1858 4½ 83½ G

do. 1862 4½ 83½ G

do. 1868 A. 4½ 83½ G

Staats-Schiffseine 8½ 81 G

Präm. St. Anl. 1858 8½ 122½ G

Kurz. 40 Lth. -Obl. 5 56½ G

Kurz. Reum. Schloß 8½ 78½ G

Oberdeichbau-Obl. 4½ —

Berl. Stadtbilg. 5 101½ G

do. do. 4½ 92½ G

do. do. 3½ 78½ G

Berl. Börz.-Obl. 5 —

Berliner 4½ 89½ etw. G

Kurz. u. Reum. 8½ 72½ G

Öhrechtfische 8½ 71½ G

do. do. 8½ 81½ G

do. do. 80 80 [86½ G

Bismarck 4½ 86½ G

Kurz. u. Reum. 4½ 87½ G

Bismarck 4½ 85½ G

Reichsdr. 4½ 85½ G

do. do. 85½ G